



Soziale Stadt

info 15

www.sozialestadt.de

Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt

Oktober 2004

Schwerpunkt: Soziale Stadt für Kinder und Familien

Kinder- und familienorientierte Aktivitäten des BMFSFJ	2
Familienpolitische Initiative zur Weiterentwicklung des Programms „Soziale Stadt“	5
Kinderarmut in benachteiligten Stadtteilen	7
Soziale Stadt – meine Sicht	12
Sprachförderung im Elementarbereich in Niedersachsen	13
Sozialraumorientierte Familienberatung im Stadtteil Trier-Nord	14
Benachteiligte Stadtviertel brauchen den Dialog zwischen Jung und Alt	16
Beteiligung von Kindern bei der Planung und Umsetzung von Freiraumprojekten	18
Soziale Stadtteilentwicklung für und mit Kinder(n) und Familien in Lurup	21
„PREIS-WERTE-ERNÄHRUNG“	23
Familien mit Kleinkindern in sozialen Brennpunkten helfen	25
Pilotprojekt „Evershagen – kinderfreundlicher Ortsteil“	27
Hinweise zum Bezug von Soziale Stadt info	12
Impressum	4
Veranstaltungshinweise	26/28

Liebe Leserinnen und Leser,

bildungs- und familienpolitische Fragen rücken gegenwärtig verstärkt in den Blickpunkt. Einerseits hat Deutschland nicht nur die geringste Geburtenrate in der EU, sondern weist bei den heute 40-Jährigen mit einem Drittel weltweit auch die höchste Kinderlosigkeit auf; andererseits werden in der PISA-Studie wie auch in der OECD-Bildungsstudie dem deutschen Bildungswesen Defizite bescheinigt. Vor allem die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern aus Familien mit niedrigem Status sind beeinträchtigt.

„Familie gibt Rückhalt, Geborgenheit, Stabilität und Zuversicht. Junge Menschen wollen Familie, sie wollen mit Kindern leben“ (Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Doch die Lebenswirklichkeit – zumal in den Quartieren der Sozialen Stadt – stellt sich wenig positiv dar: Arbeitslosigkeit und Armut, Beziehungs- und Generationsprobleme, Gewalt und Hilflosigkeit belasten oder überfordern viele Eltern und wirken sich nachteilig auf Lebenssituation, gesellschaftliche Integration und Entwicklungschancen ihrer Kinder aus.

Auch weil die heutigen Kinder als potenzielle Eltern von morgen die gesellschaftliche Zukunft prägen, kommt Beratungs-, Bildungs- und Unterstützungsangeboten, der Förderung von Eigeninitiative und Nachbarschaftshilfe sowie dem Aufbau lokaler und überlokaler Netzwerke für Kinder und Familien besonderes Gewicht zu. Grund genug, in diesem Heft die Belange von Kindern und Familien in benachteiligten Stadtteilen in den Vordergrund zu stellen.

Wie wichtig der integrative Ansatz des Programms Soziale Stadt ist, bestätigt sich in den abgedruckten Beiträgen: Es gilt Verantwortlichkeiten und Inhalte der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik neu zu organisieren und sozialräumlich auszurichten; Querschnittskompetenzen der Ämter, Träger und lokalen Akteure zu mobilisieren; Kinder und Jugendliche, Mütter und Väter in Verfahren, Projekte und Maßnahmen der sozialen Stadtteilentwicklung einzubeziehen, und zwar nicht nur als selbständig agierende Zielgruppen, sondern auch in ihrer Rolle als Mitglieder von privaten (Familien-)Haushalten.

- Ihre Difu-Projektgruppe
Bundestransferstelle Soziale Stadt

Kinder- und familienorientierte Aktivitäten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in benachteiligten Stadtteilen

Im Zentrum der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) initiierten Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) stehen benachteiligte Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten und strukturschwachen ländlichen Regionen. Im E & C-Programm sind deshalb den städtischen Quartieren des Programms der „Sozialen Stadt“ als ein besonderer Programmschwerpunkt „Strukturschwache ländliche Regionen“ hinzugefügt. Das Ziel des Programms E & C ist es, über die im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe Ressourcen und Maßnahmen für diese Sozialräume zu mobilisieren, die Arbeit im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in diesen Sozialräumen zu qualifizieren und weiter zu entwickeln.

Das Programm E & C ist kein förderndes Programm, sondern versucht, unter der Überschrift „Soziale Arbeit als Koproduktion“ neue Modelle der Zusammenarbeit und Ressourcenoptimierung vor Ort anzuregen und in Teilprogrammen (vgl. Kasten) zu erproben. Die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung, der Erwerb von Zukunftskompetenzen auf Seiten von Kindern und Jugendlichen und deren Familien, die Stärkung von Eigenverantwortung und sozialem Engagement sind nicht in den einzelnen Hilfesystemen allein zu realisieren, sondern nur durch die Mobilisierung von Querschnittskompetenzen der Ämter und Träger wie auch des demokratischen Gemeinwesens.

Teilprogramme E & C 1999-2006

- ▶ Wettbewerb „Fit für Leben und Arbeit“, neue Praxismodelle zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen
- ▶ Interkulturelle Netzwerke der Jugendsozialarbeit
- ▶ Freiwilliges Soziales Trainingsjahr (FSTJ)
- ▶ Netzwerke und Soziales Ehrenamt, strukturschwache ländliche Regionen
- ▶ Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie
- ▶ Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten (KuQ)
- ▶ Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit, Modellphase Kompetenzagenturen
- ▶ Lokales Kapital für soziale Zwecke, lokales Kapital in der Sozialen Stadt (LOS)
- ▶ Schlaumäuse, Kinder entdecken Sprache, Bildungsinitiative Microsoft Deutschland
- ▶ Kooperationsvereinbarung mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
- ▶ Kooperationsvereinbarung mit den Betriebskrankenkassen (BKK)

Die bedrückende Realität, dass auch heute noch der soziale Status der Eltern den Bildungserfolg, das zukünftige Einkommen und die Berufsaussichten ihrer Kinder determiniert, ist der Ausgangspunkt der programmatischen Bemühungen des BMFSFJ, die soziale und ökonomische Lage der Kinder, Jugendlichen und Eltern zu verbessern. In der heutigen Forschung werden als Ursache zwei kausale Mechanismen herausgestellt: Geld und Kultur. Dau-

erhafte ökonomische Entbehrung und Unsicherheit sind vermutlich fundamentale, aber nicht hinreichende Ursachen geringer Lebenschancen bzw. Chancen zur Teilhabe. Der kulturelle und soziale Faktor dagegen ist entscheidend. Er prägt nicht nur die kognitive und motivationale Entwicklung der nachwachsenden Generation, sondern organisiert generell die Teilhabe und verhindert die soziale Ausgrenzung und Marginalisierung¹.

Das Fehlen von sozialem und kulturellem Kapital wird mit mangelndem wirtschaftlichem Erfolg und mit sozialer Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit verbunden. Kinder und Jugendliche, die in sozialen Brennpunkten, also in einer „Armutssituation“, aufwachsen, zeigen verstärkt soziale Auffälligkeiten, Angst vor Stigmatisierung, Leistungsstörung, Abbruch sozialer Kontakte, Delinquenz, soziale Isolation und psychosomatische Störungen. Der Wohnung und dem Wohnort kommt eine herausragende Bedeutung für die Persönlichkeitsfindung und die Interaktion mit der Umwelt zu – dies umso mehr, wenn die Zugehörigkeit zur Gesellschaft negativ definiert ist und der Erfahrungs- und Bewegungsspielraum fast ausschließlich auf diesen Nahraum beschränkt ist. Die Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ und das BMFSFJ-Programm „E & C“ haben den Blick auf diese Quartiere geschärft, in denen sich Armut, Marginalisierung und Ausgrenzung konzentrieren. Sichtbare Signale sind ethnische Distanzen und gewaltförmige Konfliktlagen, vor allem in den Schulen, Verwahrlosung, sichtbarer Qualitätsverlust des öffentlichen Raums, wachsender Alkoholismus, Müll und Vandalismus, Erosion der

Infrastruktur. Die lokalen Milieus dieser Gebiete sind von den großräumigen Gebietszusammenhängen weitgehend entkoppelt.

In diesen Gesamtrahmen gehören neben der Programmplattform E & C die Initiativen des BMFSFJ „Lokale Bündnisse für Familien“, die Gesetzesinitiative zur Tagesbetreuung, insbesondere der unter Dreijährigen (Tagesbetreuungsausbaugesetz – TAG), und die angekündigte Initiative des Bundes zum Erziehungsgeld.

Das BMFSFJ versucht, über die Stärkung der lokalen Netzwerke, Bündnisse für Familien, für Jugendliche, für Kinder zu initiieren und zu begleiten. Es versucht, Kommunen, Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften, Familien, Vereine, Initiativen, soziale Organisationen und Einrichtungen, Kirchen, Gemeinden, insbesondere aber auch die betroffenen Eltern selbst zusammenzubringen und familienfreundliche Maßnahmen im Lebens- und Arbeitsumfeld der Familien in der Kommune und im Betrieb zu erreichen.

Es gilt: Wer Kindern nachhaltig helfen will, hilft ihren Familien. Wer Familien helfen will, hilft dem Gemeinwesen, in dem die Familien leben und arbeiten: „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen“. Leitziele dieser Kinder-, Jugend- und familienpolitischen Anstrengungen des Programms E & C sind:

- Sicherung und Förderung des Lebens mit Kindern,
- Anerkennung und Stärkung von Familien für die Erbringung ihrer Leistungen für die gesamte Gesellschaft,
- Schaffung und Verbesserung von Entfaltungs- und Lebensräumen für Kinder, Jugendliche und Familien,
- Vernetzung von kommunalen Ressourcen, Kompetenzen und Potenzialen.

Die Programmplattform E & C versucht, kleine Netze (sozialer Nahraum und Nachbarschaft) mit großen Netzen (Jugend- und Sozialpolitik, öffentliche Dienstleistung) zu verknüpfen. Sie fördert Eigenaktivität und Selbsthilfe, schärft das Bewusstsein für Nachbarschaftshilfe, sie beteiligt, aktiviert durch Öffentlichkeitskampagnen, Partnerschaften und entwickelt spezifische Projekte und Aktivitäten im lokalen Raum. Es geht im Kern um den Anstoß, das gegenseitige Lernen beim Aufbau eines kommunalen Systems integrierter Kinder-, Jugend- und Familienförderung in ein integriertes für alle Kinder und Familien zugängliches Angebot umzuwandeln.

Die Programmatik „Soziale Arbeit als Koproduktion“ empfiehlt den beteiligten Akteuren einen Paradigmenwechsel zur sozialräumlichen Vernetzung. Sie empfiehlt Netzwerkarbeit auf zwei Ebenen:

- als strategisches Ämternetzwerk und
- als operatives soziales Netzwerk.

Inhaltliche Hilfen werden mit der Partizipation der Adressatinnen und Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe verbunden. Im Mittelpunkt stehen die Entwicklungen und der Ausbau örtlicher Netzwerke bei gleichzeitiger Herausbildung von demokratischem Engagement, die Verknüpfung von spezifischen Förderprogrammen und die Entwicklung von Gemeinschaftsprojekten. Die Programmatik der Programmplattform E & C betont das Konzept des sozialen und kulturellen Kapitals, verknüpft lokale Beteiligungsformen mit erfolgreichen Projekten, Aktionen mit demokratischer Intensität und wirtschaftlichem Wachstum².

Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sind Querschnittspolitiken, die in einer strukturell veränderten Gesellschaft eine Neuausrichtung, Neuorientierung im Sinne eines abgestimmten „kooperativen Mixes“ von Verantwortlichkeiten zwischen den Beteiligten

vollziehen müssen. Den übergreifenden Fachstandards der Kinder- und Jugendhilfe müssen zukünftig gebietsbezogene Fachstandards zur Seite gestellt werden:

- Quartierspolitik,
- Empowerment: Perspektiven entwickeln, Projekte möglich machen, städtebauliche Investitionen konzentrieren und mit sozialen Infrastrukturpolitiken kombinieren,
- lokale Partnerschaften, lokale Ökonomie, Vernetzung und Verflechtung, soziale Arbeit als Koproduktion,
- Partizipation: Bürgerbeteiligung, Stärkung der Stellung der betroffenen Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern, Selbsthilfe und soziales nachbarschaftliches Engagement,
- Linkage-Politik: soziale Verantwortung der privaten Wirtschaft, Formulierung der Schnittstellen zwischen anderen Politikbereichen.

Unter diesen Gesichtspunkten muss die Kinder- und Jugendhilfe ihren Handlungsansatz mit dem Ziel integrierter Dienste im Stadtteil neu organisieren. Die Aufgabenstruktur der querschnittsorientierten Kinder-, Jugend- und Familienhilfe lässt sich nach den Entwicklungsphasen der Kinder und Jugendlichen gliedern. Diese Entwicklungsphasen (vgl. Kasten S. 4) stellen gleichzeitig wichtige Weichen für die zukünftige Biografie der Kinder und Jugendlichen dar.

Vor diesem Hintergrund betont das E & C-Programm das Prinzip der sozialräumlichen Vernetzung. So strebt die Programmplattform E & C weniger die schlichte Übertragung bewährter Arbeitsformen in soziale Brennpunkte an, sondern zielt auf die Berücksichtigung der sozialräumlichen Rahmenbedingungen der Adressatinnen und Adressaten und ihren Umgang damit, die Einbeziehung und die Kooperation mit den vorhandenen bzw. in der Entwicklung befindlichen Institutionen und Einrichtungen sowie die Entwick-

lung eines auf die jeweiligen Probleme und Bedarfslagen bezogenen Unterstützungsangebotes.

- ▶ Kinder in der Lebensphase 0-3: Familienberatung, Bildungsberatung, Biografieberatung, Stabilisierung der familiären Strukturen
- ▶ Kinder im Alter von 3-6 Jahren: Entwicklung sozial integrativer Bildungsangebote im Bereich der Ganztagsbetreuung, Kooperation zwischen Institutionen der Ganztagsbetreuung und der Grundschule
- ▶ Kinder und Jugendliche im Alter von 6-10/12 Jahren: Entwicklung von gemeinsamen Betreuungsangeboten zwischen Jugendhilfe und Schule
- ▶ Kinder und Jugendliche im Alter von 12-17 Jahren: Sicherung des Übergangs von Schule in den Beruf
- ▶ Junge Erwachsene bis 27 Jahre: Begleitung des Übergangs in den ersten Arbeitsmarkt

Im Rahmen der Programmplattform E & C ist das Instrument der lokalen Aktionspläne entwickelt worden. Die lokalen Aktionspläne werden unter der fachlichen Verantwortung der Städte, Gemeinden und Landkreise gemeinsam mit den lokalen Akteuren und den Bewohnerinnen und Bewohnern der Gebiete der Sozialen Stadt/ E & C aufgestellt. Der lokale Aktionsplan ist ein Instrument der kommunalen Politik, mit dessen Hilfe die Vernetzung von Bürgerinnen und Bürgern, Politik, Verwaltung, lokaler Wirtschaft, freien Trägern, Bildungseinrichtungen usw. vor Ort intensiviert und verstetigt werden soll. Vorrangiges Ziel ist es, die lokale Kooperation zu stärken, neue Impulse aus den Gemeinden heraus zu erzeugen und die Beteiligung von Betroffenen und

oder engagierten Bürgerinnen und Bürgern sicherzustellen. Der lokale Aktionsplan beinhaltet eine Situationsanalyse des Fördergebietes, die Aufstellung von Entwicklungszielen und ein darauf abgestelltes Entwicklungskonzept³.

- Hartmut Brocke
Vorstandsvorsitzender/Direktor
der Stiftung SPI
- Kontakt:
Regiestelle E & C
Nazarethkirchstr. 51, 13347 Berlin
Telefon: 030/45 79 86 0
Telefax: 030/45 79 86 50
E-Mail: regiestelle@eundc.de
Internet: www.eundc.de

Anmerkungen:

- 1 Gösta Esping-Andersen, Aus reichen Kindern werden reiche Eltern, in: Frankfurter Rundschau vom 20.12.2003.
- 2 Hartmut Brocke, Soziale Arbeit als Koproduktion. 10 Empfehlungen zur Nachhaltigkeit kommunaler Strategien (sozial)räumlicher Integration, in: E & C-Journal, Nr. 7 (2002), www.eundc.de.
- 3 Weitere Informationen und Newsletter unter www.eundc.de, www.fstj.de, www.kundq.de, www.los-online.de, www.kompetenzagenturen.de, www.schlaumaeuse.de.

Impressum

Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion:

Dr. Heidede Becker (v.i.S.d.P.)
Christa Böhme
Klaus-Dieter Beißwenger
Patrick Diekelmann

Layout und DTP:

Susanna Mayer

Redaktionskontakt:

Difu-Redaktionsgruppe
Soziale Stadt *info*
Telefon: 030/390 01-282
Telefax: 030/390 01-275
E-Mail: redaktion@sozialestadt.de
Internet: www.sozialestadt.de

Herstellung:

Druckerei
Wilhelm Schwarz KG, Berlin

Abdruck:

bei Angabe der Quelle frei,
Belegexemplar erbeten.

Soziale Stadt *info* wird
auf 100-prozentigem
Recyclingpapier gedruckt.



Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMV/BW) vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Familienpolitische Initiative zur Weiterentwicklung des Programms „Soziale Stadt“

Forschungsverbund Armut und Armutsprävention in der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. (dgh)

Zentrale Thesen

Mit dem Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ ist der Einstieg in eine integrierte Strukturpolitik zugunsten benachteiligter städtischer Sozialräume gefunden worden. Aber es mangelt an einer schlüssigen Generationenpolitik, in der sich Kinder und Jugendliche, Frauen und Familien, ältere und alte Menschen gleichermaßen als Zielgruppen einer gestaltenden Stadtteilpolitik wiederfinden.

Nach dem Bericht des Difu werden in das Bund-Länder-Programm zwar kinder- und jugendpolitische Initiativen einbezogen, weniger jedoch frauenpolitische und seniorenpolitische Ansätze und – von Randerscheinungen abgesehen – keine gezielten familienpolitischen Maßnahmen. Reichweite und Effizienz des Programms erweisen sich deshalb von vornherein als wesentlich eingeschränkt. Selbst die kinder- und jugendpolitischen Ansätze sind erkennbar ungleichgewichtig.

Trotz einer Reihe dokumentierter Qualifizierungsmaßnahmen ist jedoch nicht zu übersehen, dass eine entsprechende Strategie des Bund-Länder-Programms für Kindertageseinrichtungen fehlt. Auch Kinderkrippen und Kindergärten als Stätten der Betreuung, der Bildung und des sozialen Lernens sollten in benachteiligten Sozialräumen in die Rolle zentraler lokaler Sozialisationsinstitutionen hineinwachsen. In beschädigten sozialen Milieus sollte die Sorge für Kinder und Jugendliche an allen Stationen und Institutionen ihrer Entwicklung anknüp-

fen: beginnend bei der Schwangerschaft und der Geburt von Kindern und verbunden mit den Sozialisationsinstanzen Eltern, Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildende Schulen und berufliche Bildung.

Die Anregung, Familien als Adressaten einer Struktur verbessernden Politik gezielter in das Programm „Soziale Stadt“ einzubeziehen, beruht auf der Erkenntnis, dass Familien nicht nur die Summe ihrer einzelnen Mitglieder darstellen. Familien bilden vielmehr selbstorganisierte Primärgruppen (Haushalte), die intern vernetzt sind und deren Mitglieder extern zwar selbständig, aber nicht unabhängig voneinander agieren. Man kann sich Familien als eng gekoppelte Systeme interagierender Haushaltsmitglieder vorstellen, die eine kollektive Lernfähigkeit entwickeln. Dies trifft in unterschiedlichem Maße selbst in schwierigen Lebensverhältnissen und in beschädigten Milieus zu. Deshalb auch können unterentwickelte Fähigkeiten in Familien durch Bildung und Beratung entwickelt werden. Quartiers- und stadtteilbezogene Angebote kultureller, sozialer und ökonomischer Infrastrukturen können die Alltagsbewältigung der Familien nachhaltig unterstützen. Angebote sollten simultan Eltern, Mütter und Väter, Kinder und Jugendliche erreichen, wenn man die Lebensführung von Familien nachhaltig stabilisieren und stärken will. Ansatzpunkte einer Familien fördernden Politik ergeben sich aus einer Ressourcenanalyse und einer Lebenslagenanalyse von Familienhaushalten in belasteten Stadtteilen.

Die „übergeordneten Funktionsbereiche“ des Programms sollten um einen übergeordneten Schwerpunkt „Stärkung der Lebensführung von Familien“ ergänzt werden.

Anregungen

- In bedrängten Lebensverhältnissen sollte die Beratung von Schwangeren und Familien in der Lage sein, Eltern nicht allein in der Phase der Schwangerschaft und Geburt, sondern auch in den ersten Jahren nach der Geburt des Kindes kontinuierlich zu begleiten und zu fördern.
- Im Interesse der Mobilisierung von Fähigkeiten einer selbständigen Alltags- und Lebensbewältigung sollten – beginnend in frühen Familienphasen – Maßnahmen der Eltern- und Familienbildung, der Familienpflege und der Familienhilfe sowie der Familienerholung in beschädigten sozialen Milieus vorrangig ergriffen werden. Bund und Länder sind aufgerufen, den Beschluss der Jugendministerkonferenz vom Mai 2003 zur Eltern- und Familienbildung umzusetzen.
- In sozial belasteten Stadtteilen sollten Kindertageseinrichtungen und allgemeinbildende Schulen stärker in die Rolle zentraler lokaler Sozialisations- und Bildungsinstitutionen hineinwachsen. Ganztagsangebote sollten ausgeweitet, Kinder mit sozialräumlichen oder herkunftsbedingten Benachteiligungen in kleinen Gruppen besonders gefördert werden.
- Die Schuldnerberatung (viele Familien sind wegen der Kinder höher verschuldet) sollte sich in sozi-

al benachteiligten Stadtteilen einer präventiven Beratung öffnen und nicht allein überschuldete (zahlungsunfähige), sondern auch höher verschuldete (aber noch zahlungsfähige) Haushalte beraten.

- Das von Bund und Ländern getragene „Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik“ sollte sich in Sozialräumen des Bundes-Länder-Programms „Die soziale Stadt“ engagieren. Lokale Bündnisse und Bürgerstiftungen sollten Initiativen zugunsten von Familien in belasteten Milieus unterstützen.

Vorschläge für konkrete Maßnahmen im Rahmen der Sozialen Stadt

- **Haushalts-Organisations-Training**
Familienhaushalte mit Defiziten in der Haushaltsführung (Multiproblemfamilien) werden im Zuge von Familienpflegeeinsätzen erreicht. Die Vermittlung von Kompetenzen erfolgt in Form der sequenziellen Intervention durch die Familienpflegerin über einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten. Schwerpunkte der zugehenden Unterstützung sind Fragen zu folgenden Bereichen: Planung und Organisation des Haushalts, Umgang mit Geld, Risiken der Überschuldung, Einkaufsverhalten, Ernährung, Sauberkeit und Ordnung der Wohnung, Kleider- und Wäschepflege, Versorgung von Kindern und Säuglingen, Gesundheit und Hygiene von Erwachsenen. Das Konzept wurde unter Federführung des Deutschen Caritasverbands im Rahmen des Armutspräventionsprogramms des BMFSFJ von November 1999 bis Oktober 2001 entwickelt und in acht Familienpflegeeinheitstellen erprobt und hat sich sehr gut bewährt. Die flächendeckende Verbreitung des Konzepts setzt zum einen entsprechende Schulung der Einsatzkräfte voraus; zum anderen gibt es ein weiteres Kostenproblem in der Umsetzung, weil das Haushalts-Organisations-

Training aufwändiger als herkömmliche Familienpflegeeinsätze ist.

■ Elternschulen für den Alltag

Das Konzept der Elternschulen für den Alltag ist als ein Ergebnis des ersten Armutspräventionsprogramms des BMFSFJ entwickelt worden. Gegenwärtig läuft ein Pilotprojekt in der Frauenklinik des Klinikums Krefeld. Ergänzend zu den bisherigen Kursen für die Geburtsvorbereitung wird dort von Kooperationspartnern ein Kursprogramm mit Themenabenden zur Stärkung der Haushalts- und Familienkompetenzen entwickelt und erstmalig angeboten. Behandelt werden folgende Themen: Partnerschaft, Arbeitsteilung und Zeitmanagement, Erziehung in der Familie, Finanzen planen und kontrollieren, Risikomanagement für die Familie, Verbraucherrechte kennen und wahrnehmen, Ernährung und Gesundheit, Umweltbewusst handeln, Wege durch den Behörden-dschungel. Für die Durchführung der Themenabende wurden überwiegend Institutionen vor Ort gewonnen, wie die Diakonie Krefeld & Viersen, der Fachbereich Soziales der Stadt Krefeld und die örtliche Verbraucherberatung, die diese Aufgaben im Rahmen ihrer originären Zielgruppenarbeit – kostenneutral – übernehmen. Das Konzept lässt sich prinzipiell bundesweit und entlang der gesamten Betreuungs- und Bildungskette von der Geburtsklinik über die Kinderkrippe, den Kindergarten und Kinderhort bis zur Grundschule etablieren, um Eltern als Zielgruppe außerhalb der traditionellen Einrichtungen der Erwachsenenbildung „abzuholen“. Für die Übertragung auf andere Standorte muss die jeweilige Trägerschaft und Organisation vor Ort – wie im Pilotprojekt die Krefelder Frauenklinik – gewonnen, etabliert und einfühlend beraten werden.

■ Präventive Einkommens- und Budgetberatung

Ein Konzept der Präventiven Einkommens- und Budgetberatung wurde im Rahmen eines vom BMFSFJ initiierten und geförderten Bundes- und Landesmodellprojekts in Rostock in den Jahren 1994 bis 1998 entwickelt. Es ergänzt die Arbeit der herkömmlichen Schuldnerberatung für überschuldete Haushalte durch eine hauswirtschaftliche Beratung im Vorfeld von Finanzkrisen. Das Beratungsangebot wendet sich an Jugendliche und Erwachsene und zielt auf die Stärkung der Bewältigungskompetenzen. Es erstreckt sich auf alle Fragen der Einkommensverwendung und Einkommenserzielung einschließlich der Beratung zu Fragen der Transfer-einkommen und der Existenzgründung. In Rostock kann das präventive Beratungsangebot wegen der kommunalen Verpflichtung in der Schuldnerberatung nur noch eingeschränkt weitergeführt werden. Herkömmliche Schuldnerberatungsstellen sind grundsätzlich an einer Übernahme des Konzepts und der damit verbundenen Ausweitung ihres Aufgabenspektrums interessiert. Aber nicht einmal die herkömmliche Schuldnerberatung ist überall eine kommunale Pflichtaufgabe wie in Rostock, und präventive Arbeit ist zunächst einmal kostenträchtig, während die (über-)kompensierenden Wirkungen von Prävention teils zukunftsfern anfallen und insgesamt schwer zu messen sind. Auch die herkömmliche Schuldnerberatung bedarf dringend der Unterstützung und Ausweitung.

Mitglieder des Forschungsverbands Armut und Armutsprävention in der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. (dgh): MRat i.R. Frank Bertsch; Prof. Dr. Stefanie Bödecker, Hochschule Niederrhein; Prof. Dr. Klaus Hesse, Universität Kiel; PD Dr.

Kinderarmut in benachteiligten Stadtteilen

Rainer Hufnagel, Universität Hohenheim; Prof. Dr. Georg Karg, Technische Universität München; Prof. Dr. Irmhild Ketschau, Fachhochschule Münster; Prof. Dr. Mirjam Jaquemoth, Fachhochschule Weihenstephan; Prof. Dr. Thomas Kutsch, Universität Bonn; Prof. Dr. Ingrid-Ute Leonhäuser, Universität Gießen; Prof. Dr. Uta Meier, Universität Gießen; Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky, Universität Bonn (Koordinator); Dr. Heide Preusse, Universität Gießen; Dr. Tatjana Rosendorfer; Prof. Dr. Hiltraud Schmidt-Waldherr, Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Kirsten Schlegel-Matthies, Universität Paderborn; Prof. Dr. Dr. h.c. Rosemarie von Schweitzer, Universität Gießen; Prof. Dr. Barbara Seel, Universität Hohenheim; Dr. Konstantin von Normann, Internationaler Verband für Hauswirtschaft; Prof. Dr. Maria Thiele-Wittig, Universität Münster; Dr. Silke Thiele, Universität Kiel.

- Kontakt:
Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Meckenheimer Allee 174, 53115 Bonn
Telefon: 0228/73 3124,
Telfax: 0228/73 9431
E-Mail: piorkowsky@uni-bonn.de

Ein ressourcen- und präventionsorientierter Zugang zum Thema – und nur ein solcher ist im individuellen wie gesellschaftlichen Interesse – erfordert es, hinsichtlich Analyse und Praxis die *Kindperspektive* einzunehmen. Die entscheidende Frage hierbei lautet: Was kommt beim Kind unter Armutsbedingungen und in einem benachteiligten Lebensumfeld an? Nötig ist ebenso, das Aufwachsen von Kindern auf zwei sich gegenseitig bedingenden, aber unterschiedlichen Ebenen zu betrachten: (defizitäre) *Lebenslage* einerseits, (defizitärer) *Lebensraum* andererseits.

Armut hat ein Kindergesicht

Armut ist zuerst Einkommensarmut. Arm in Deutschland ist, wer weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens (nach Haushaltsgröße gewichtet)¹ zur Verfügung und/oder Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt hat. In Zahlen heißt dies: Eine Zwei-Eltern-Familie mit zwei Kindern unter 15 Jahren verfügt monatlich über weniger als 1.499 Euro netto, eine Ein-Eltern-Familie mit zwei unter 15-jährigen Kindern über weniger als 1.110 Euro, eine Ein-Eltern-Familie mit einem Kind unter 15 Jahren über weniger als 833 Euro.

Hierzulande leben derzeit rund zwei Millionen Minderjährige in solchen einkommensarmen Familien. Rund 1,1 Millionen beziehen Sozialhilfe; mit In-Kraft-Treten der Arbeitsmarktreform (Hartz IV) 2005 wird eine Zunahme um rund 500.000 prognostiziert². Deutschland weist im EU-Vergleich nach Irland die zweithöchste Kinderarmutsquote aus.

Das höchste Armutsrisiko haben seit zwei Jahrzehnten die jüngsten Altersgruppen. Die Quote bei den unter Dreijährigen lag Ende 2002 dreimal so hoch wie bei der Gesamtbevölkerung (10,4% zu 3,3%). Gefährdet sind hier vor allem vier Gruppen von Kindern: Kinder von erwerbslosen Eltern, mit Migrationshintergrund, in Ein-Eltern-Familien, mit mehr als zwei Geschwistern. Weiterhin unterliegen Kinder in Großstädten – und dort in benachteiligten Stadtteilen/Quartieren – einem höheren Risiko. Trotzdem: Die meisten Kinder unter sechs Jahren leben in deutschen Familien mit mindestens einem erwerbstätigen Elternteil, in einer Zwei-Eltern-Familie und auf dem Lande. Offenkundig wird: einfache Zuschreibungen und Erklärungsmuster reichen nicht³.

Kinderarmut ist komplex und mehrdimensional

Armut bleibt nicht auf eine monetäre Mangellage beschränkt. Es gibt nachweislich einen Zusammenhang zwischen geringem Einkommen und erhöhtem Risiko relativer Benachteiligung in den vier zentralen Lebensbereichen materielle Grundversorgung, Gesundheit, Bildung/Kultur, soziale Teilhabe (vgl. Kasten S. 8). Diese Benachteiligung zeigt sich für Erwachsene wie Kinder in spezifischen, stets komplexen Formen und Wirkungen.

Armutsfolgen bei Kindern sind bereits im frühesten Kindesalter von außen erkennbar

Die Ergebnisse der kindbezogenen Armutsforschung des ISS-Frankfurt am Main belegen es: bereits im Alter von sechs Jahren weisen 40 Prozent der armen und „nur“ 15 Prozent der nicht-armen Kinder sichtbare Defizite in der

Grundversorgung (Ernährung, Kleidung, Wohnsituation) auf. Ähnliche Differenzen offenbaren sich hinsichtlich anderer Lebenslagebereiche.

Anteil armer und nicht-armer Kinder im Alter von sechs Jahren mit Defiziten im ..

Lebenslagebereich	Arme Kinder	Nicht-arme Kinder
Grundversorgung (n = 220 arm; 598 = nicht-arm)	40 %	15 %
Gesundheit (n = 225 arm; 640 = nicht-arm)	31 %	20 %
Kulturelle Lage (n = 223 arm; 614 = nicht-arm)	36 %	17 %
Soziale Lage (n = 219 arm; 618 = nicht-arm)	36 %	18 %

Datenbasis: „Armut im Vorschulalter 1999“; vgl. Hock/Holz/Wüstendörfer (2000, S. 50), s. Anm. 3.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Kinder im Grundschulalter. Defizitär ist die Situation der armen Kinder vor allem in ihrer Grundversorgung (Kleidung, Ernährung, Wohnung), bei der Teilhabe am Konsum und im kulturellen Bereich.

Anteil armer und nicht-armer Kinder im Alter von zehn Jahren mit Defiziten im ...

Lebenslagebereich	Arme Kinder	Nicht-arme Kinder
Grundversorgung (n = 64 arm; 176 = nicht-arm)	50 %	9 %
Gesundheit (n = 64 arm; 177 = nicht-arm)	17 %*	21 %
Kulturelle Lage (n = 61 arm, 176 = nicht-arm)	33 %	15 %
Soziale Lage (n = 64 arm; 177 = nicht-arm)	28 %	16 %

* Die günstigere gesundheitliche Lage der armen Kinder ist noch vorsichtig zu bewerten. Gründe hierfür können unter anderem in der Methodik liegen, da subjektive Gesundheitseinschätzungen der Kinder abgefragt wurden.

Datenbasis: „Armut im späten Grundschulalter – Stichprobe 2003“; vgl. Holz/Puhlmann (2004, S. 67), siehe Anm. 4.

Armutserfahrungen von Kindern wirken sich später massiv aus

Armut verursacht nicht nur Unterversorgung in der aktuellen Lebenssituation, sondern beeinträchtigt auch die zukünftigen Entwicklungschancen. Hierzu ausgewählte Zwischenergebnisse der ISS-Langzeitstudie⁴:

- Ein Drittel der erforschten Kinder hat seit 1999 Armutserfahrungen gemacht oder lebt permanent in Armut. Die Armutsbelastung steigt.
- Die meisten Migrantenkinder sind permanenter Armut ausgesetzt.
- Die Armutsbetroffenheit ist dynamisch. Es gilt nicht: einmal arm – immer arm. Eher ist ein Fahrstuhleffekt festzustellen. Dabei ist das Risiko der Fahrt nach unten mehr als doppelt so hoch wie die Chance der Fahrt nach oben.
- Je länger die Armutssituation andauert, desto größer sind die kindlichen Auffälligkeiten. Eklatante Folgen zeigen sich etwa in der schulischen Entwicklung. Signifikante Zusammenhänge finden sich auch bei den Indikatoren frühe Armutserfahrung, Armutsdauer, Wohngegend und Migrationshintergrund.
- Die soziale Selektion des deutschen Schulsystems greift während der Grundschulzeit „erfolgreich“: Die armen Kinder gelangen nicht auf das Gymnasium, und die nicht-armen Kinder besuchen äußerst selten eine „Sonderschule“. Dies gilt besonders für Kinder in benachteiligten Regionen. Zentraler Selektionsmechanismus scheint der Indikator „Armut“ und beispielsweise nicht der „Bildungshintergrund der Eltern“ zu sein.

Nicht-Armut schützt Kinder keineswegs vor Benachteiligungen oder multipler Deprivation, und Kinder können trotz Armut im Wohlergehen aufwachsen. So zeigten 1999 rund 24 Prozent der armen Vorschulkinder keine Defizite oder Auffälligkeiten, sie wuchsen im Wohlergehen auf.

Gleichzeitig wurden rund 14 Prozent der nicht-armen Kinder als multipel depriviert eingestuft. Ein ähnliches Spektrum findet sich nun auch bei den Zehnjährigen. Es tragen also nicht nur materielle Faktoren zum gedeihlichen Aufwachsen der Kinder bei.

Wird von Armut bei Kindern gesprochen, dann gilt:

- Ausgangspunkt ist die Einkommensarmut.
- Das Kind lebt in einer einkommensarmen Familie.
- Es zeigen sich kindspezifische Erscheinungsformen von Armut in Gestalt von materieller, kultureller, gesundheitlicher und sozialer Unterversorgung.
- Die Entwicklungsbedingungen des Kindes sind beeinträchtigt, wobei dies ein Aufwachsen im Wohlergehen, mit Benachteiligungen oder in multipler Deprivation umfassen kann.
- Die Zukunftsperspektiven des Kindes sind eingeschränkt.

Ressourcen und Bewältigungshandeln von (armen) Kindern und ihren Eltern

Über welche individuellen, sozialen und kulturellen Ressourcen ein Mensch im frühen, mittleren und/oder späten Kindesalter verfügt und welche Handlungsstrategien oder welches Bewältigungshandeln Kinder bei Belastungen entwickeln, rückt in Deutschland mehr und mehr in den Blick von Forschung und Praxis. Die Forschung zeigt: persönliche und familiäre Ressourcen wirken auf die (früh-)kindliche Entwicklung ein und umfassen eine Vielzahl intervenierender Variablen. Ebenso sind außerfamiliäre Förderangebote und Sozialisationsinstanzen wie KiTa und Schule sowie der unmittelbare Lebensraum entscheidende Einflussgrößen⁵. Sie wirken als Risiko- und/oder Schutzfaktoren.

Ausgewählte Risikofaktoren für Kinder im frühen Kindesalter

<i>Sozioökonomische/-strukturelle Faktoren</i>	<i>Familiäre und soziale/emotionale Faktoren</i>
<ul style="list-style-type: none"> ■ Familiäre Einkommensarmut ■ (Langzeit-)Arbeitslosigkeit der Eltern ■ Geringer Bildungs- und Berufsstatus der Eltern ■ Trennung/Scheidung der Eltern ■ Aufwachsen in belasteten Quartieren ■ Aufwachsen in Multiproblemfamilien/ problematischen Sozialmilieus 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Gestörtes Familienklima ■ Schlechte Eltern-Kind-Beziehung ■ Wenig kindzentriertes Familienleben ■ Geringe Erziehungs-, Bildungs-, Versorgungskompetenzen der Eltern ■ Elternabhängige Belastungen, z.B. ungünstiges (Gesundheits-/Sozial-) Verhalten

Datenbasis: „Armut im Vorschulalter 1999“; vgl. Holz (2004, S. 48), siehe Anm. 5.

Ausgewählte Schutzfaktoren für Kinder im frühen und mittleren Kindesalter

<i>Kindliche Faktoren</i>	<i>Inner-/außerfamiliäre Faktoren</i>
<ul style="list-style-type: none"> ■ Soziale und intellektuelle Kompetenz ■ Kreativität und Talent ■ Befriedigende soziale Unterstützung ■ Selbstwirksamkeitserwartung und Leistungsmotivation ■ Positives Selbstwertgefühl und Selbstsicherheit ■ Erziehungsklima positiv, wenig konfliktuell, offen und die Selbstständigkeit der Kinder fördernd ■ Vorhandensein eines besten Freundes oder einer besten Freundin ■ Gute und enge Kontakte zu einem außerfamiliären Erwachsenen ■ Soziales Netzwerk ■ Aktiv-problemlösender Copingstil ■ Vielfältige Lern- und Erfahrungsräume 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Situationsgerechtes Handeln der Eltern, das möglichst erfolgreich ist und keine zusätzliche Belastung darstellt ■ Positive Eltern-Kind-Beziehung mindestens eines Elternteils ■ Einbindung in ein stabiles Beziehungsnetzwerk zu Verwandten, Freunden, Nachbarn ■ Vorhandensein von Zukunftsvorstellungen und -perspektiven für sich und das Kind ■ Investition in die Zukunft der Kinder, vor allem durch Förderung ihrer sozialen Kontakte und Kompetenzen ■ Gewährleistung von außerfamiliären Kontaktmöglichkeiten und von Teilhabe an kindlichen Alltagsaktivitäten ■ Nutzung von außerfamiliären Angeboten zur Entlastung, Reflexion und Regeneration

Datenbasis: „Armut im Vorschulalter 1999“; „Armut im frühen Grundschulalter 2001“; vgl. Holz/Puhmann (2004, S. 38), siehe Anm. 4.

Bedeutsam ist das elterliche Bewältigungshandeln. Gerade bei armen Familien besteht ein Zusammenhang zwischen dem elterlichen Gefühl der weitgehenden Kontrolle über ihr Leben – finanziell, sozial, emotional – und ihrer Fähigkeit, Belastungen zu bewältigen. Für alle Familien gilt: Je besser den Eltern die Gestaltung des sozialen Netzwerkes und die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen gelingt, desto stärker tritt ein Entlastungsgefühl ein. Beide Empfindungen wiederum stehen im Zusammenhang mit der Vorbildfunktion für die Kinder

und der innerfamiliären Ver-/Zuteilung von Ressourcen. Die elterlichen Bewältigungsmuster reichen von eigenem Verzicht und Einschränkungen über selbstbezogene Kompensation bis hin zum Erschließen zusätzlicher Ressourcen.

Die Kinder selbst nehmen Armut früh wahr und entwickeln vor dem Hintergrund des familiären Umgangs damit ein eigenes Bewältigungsverhalten⁶. Dieses richtet sich vorrangig darauf, mit Einschränkungen in den Sozialkontakten, Raumenge/-not, Defiziten

im Wohnumfeld, Konflikten in der Familie und mit den Peers, Gefühlen von Neid, Eifersucht, Furcht vor Desintegration, Scham oder Hilflosigkeit fertig zu werden. Kindliches Bewältigungshandeln bewegt sich dann zwischen (passivem) problemmeidendem und (aktivem) problemlösendem Verhalten⁷.

Der Lebensraum verstärkt oder vermindert Armutsfolgen bei Kindern

Für die Entwicklung armer oder sozial benachteiligter Kinder sind die außerfamiliären Faktoren im Sinne sozialer Ressourcen von herausragender Bedeutung. Daher müssen die Lebenswelt und vor allem der Lebensraum von (armen) Kindern berücksichtigt werden. Als Lebenswelt im Vor- und Grundschulalter gelten in erster Linie die Familie, die KiTa oder Schule und die Beziehungen zu Gleichaltrigen (peers). Als Lebensraum geraten entsprechend der kindlichen Entwicklung das direkte Wohnumfeld, das Quartier, der Stadtteil, die Stadt usw. ins Blickfeld.

Das von Chassé/Zander/Rasch entwickelte an Lebenslagen orientierte Spielraumkonzept für Kinder gibt eine Vielzahl von Hinweisen⁸. Mindestens drei der fünf Ebenen haben einen unmittelbaren Bezug zum Lebensraum. Gerade das engere Wohnumfeld und der Stadtteil bilden für Kinder den Lern- und Erfahrungsraum, den Kontakt- und Kooperationsraum sowie den Muße- und Regenerationsraum.

Ist dieser Lebensraum im Vergleich zu anderen städtischen Regionen belastet, erfahren die dort lebenden Kinder strukturelle Benachteiligungen, die sie in ihrer Entwicklung entscheidend beeinflussen.

Lebenslageorientiertes Spielraumkonzept übertragen auf Kinder

1. Versorgungs- und Einkommensspielraum, z.B.	Innerfamiliäre Ressourcenaufteilung und Taschengeld
2. Lern- und Erfahrungsspielraum, z.B.	<ul style="list-style-type: none"> ■ Allgemeine und spezifische Anregung bzw. Förderung durch Eltern und Umfeld/Netzwerk ■ Räumlicher Aktionsradius und sozialräumlicher Erfahrungsaustausch ■ Schule als bildungsmäßiges Lern- und Erfahrungsfeld sowie sozialer Erfahrungsraum
3. Kontakt- und Kooperationsspielraum, z.B.	<ul style="list-style-type: none"> ■ Soziale Teilhabemöglichkeiten ■ Nutzungsmöglichkeiten sozialer Infrastruktur ■ Spiel- und Freizeitmöglichkeiten
4. Regenerations- und Mußespielraum, z.B.	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wohnumfeld und Wohnsituation ■ Freizeitaktivitäten ■ Alltagsstrukturen
5. Dispositions- und Entscheidungsspielraum, z.B.	Beteiligung der Kinder an der Umfeldgestaltung und Wahlmöglichkeiten bei ihrer Tagesgestaltung

Quellen: Vgl. Chassé/Zander/Rasch (2003, S. 61), siehe Anm. 8; eigene Zusammenstellung.

Benachteiligte Stadtteile sind vorrangig der Lebensraum von armen Kindern

Unter benachteiligten Stadtteilen werden Gebiete verstanden, die in ihrer Ausstattung mit (sozialer) Infrastruktur und Dienstleistungen unterversorgt sind, in denen es an Möglichkeiten der informellen und formellen Kommunikation, das heißt der Begegnung, fehlt. Es sind Gebiete, in denen die Wohn- und Wohnumfeldsituation die Lebensweise der dortigen Bevölkerung und besonders die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen beeinträchtigt. Schließlich leben dort viele Menschen, die existenzielle Einschränkungen in ihrem Leben erfahren und die hinsichtlich ihrer Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, benachteiligt sind⁹.

Bundesweit belegen kommunale Sozialberichte, dass die jeweilige Bevölkerung ungleich von Armut oder sozialen Benachteiligungen betroffen ist. Durch die soziale Segregation kommt es gerade in den (Groß-)Städten zur sozialräumlichen Entmischung wie auch zur Konzentration von sozialen Risiken und betroffenen Gruppen auf

einzelne Gebiete. Die überproportionale Häufung sozialer Risiken ist der wichtigste Indikator für die strukturelle Benachteiligung eines Stadtquartiers. Dort ist, einem bundesweit fast identischen Muster folgend, auch eine besondere Betroffenheit von Kindern auszumachen¹⁰. Charakteristika für deren Situation sind:

- überdurchschnittlich hohe Armutsbetroffenheit: nicht selten liegt die Sozialhilfequote der Kinder bei 25 bis 40 Prozent;
- überdurchschnittliche gesundheitliche Beeinträchtigungen der Kinder bereits ab Geburt aufgrund einer krankheitsfördernden Umwelt (Verkehr, Wohnstandard), ungünstigen elterlichen Verhaltens und einer geringen Nutzung von Gesundheitsdienstleistungen (vor allem soziale/medizinische Präventions- und Frühfördermaßnahmen);
- überdurchschnittliche Bildungs-/Kulturdefizite bereits im frühen Kindesalter: dies zeigt sich anhand einer höheren Quote nicht-regulärer Einschulung, des niedrigeren Bildungsgrades von Kindern und deren Eltern, des hohen Anteils an „Sonderschülerinnen und -schülern“ bereits ab der Grund-

schule sowie schließlich anhand einer höheren Zahl von Jugendlichen ohne Schul- oder Berufsabschluss;

- geringere soziale Teilhabe der Kinder und ihrer Eltern: die Integration in und Förderung durch Vereine ist für arme Kinder aus benachteiligten Stadtteilen die große Ausnahme; „normale“ Freizeit- und Kommunikationsangebote für Kinder wie der Besuch von Kino oder Schwimmbad oder das Feiern von Kindergeburtstagen scheitern primär aus finanziellen Gründen, aber auch aufgrund eines belasteten Familien- und Sozialmilieus;
- Konzentration von armen und in ihrer Entwicklung auffälligen Kindern in einzelnen vor Ort angesiedelten Einrichtungen: so finden sich KiTas, in denen 70 bis 90 Prozent der Kinder von Sozialhilfe leben. In den Grundschulen vor Ort liegt die Quote meist weit über 50 Prozent.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Arme Kinder – aufgrund der familiären Situation bereits beeinträchtigt – erhalten in benachteiligten Stadtteilen nicht die sozialen Ressourcen und damit nicht die Entwicklungschancen, die Kindern allgemein geboten werden und die gegebene familiäre Begrenzungen kompensieren helfen. Arme Kinder erfahren kumulierende Beeinträchtigungen.

Was können Stadtentwicklung, Sozialraumgestaltung und (Sozial-)Politik tun?

Grundsätzlich gilt: Kinder erschließen sich ihre Lebensräume selbst, sie profitieren von der aktiven Erweiterung des elterlichen Netzwerkes, sie nutzen institutionelle Kompensationsmöglichkeiten und brauchen eine fördernde Umwelt. Damit sind mindestens vier Ansätze für die gezielte Förderung eines jeden – auch armen – Kindes gerade durch Stadt- und Sozialraumentwicklung vorhanden.

Die skizzierten Charakteristika benachteiligter Stadtteile gilt es durch Stadtentwicklungsmaßnahmen gezielt zu vermeiden oder abzubauen. Städtische (Sozial-)Politik muss auf dem Leitbild der Integration und nicht dem der Segregation aufbauen sowie entsprechende Ressourcen bereitstellen.

(Arme) Kinder zu fördern, ist eine Querschnittsaufgabe in kommunaler Verantwortung, unabhängig von Kompetenzzuweisungen, Ressorts und Fachverantwortungen. Voraussetzung ist ein kooperatives und vernetztes Arbeiten aller Akteure an einem gemeinsamen Ziel: (armen) Kindern ein Leben mit Zukunft zu sichern.

Die Bewältigung von Kinderarmut stellt für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft eine der herausragenden Zukunftsanforderungen dar. Erfolgreiche Handlungsansätze und -modelle gibt es schon heute. Es muss nicht bei Null, aber jetzt und allerorts angefangen werden.

- Kontakt:
Gerda Holz
Stellvertretende Direktorin des
Instituts für Sozialarbeit und
Sozialpädagogik e.V.
60439 Frankfurt a.M., Zeilweg 42-44
Telefon: Tel. 069/95 78 90
E-Mail: gerda.holz@iss-ffm.de
Internet: www.iss-ffm.de

Anmerkungen:

1 Die 50%-Mittelwert-Armutsgrenze wird auf EU-Ebene sowie in fachpolitischen Diskussionen verstärkt durch die 60%-Median-Grenze ersetzt. Des Weiteren ist die Verwendung einer modifizierten Skala zur Berechnung des gewichteten Haushaltseinkommens nach Haushaltstypen auf EU-Ebene in der Umsetzung. Um Einkommen von Haushalten verschiedener Größen vergleichen zu können, werden so genannte Äquivalenzgewichte verwendet. Annahme hierbei ist, dass durch gemeinsame Haushaltsführung Kosten eingespart werden („economies of scale“). Deshalb wird das verfügbare Haushaltseinkommen nicht durch „Köpfe“ respektive die Anzahl der Haushaltsmitglieder, sondern durch die Summe

von so genannten Personengewichten geteilt. So erhält bei der „alten“ OECD-Skala der Haushaltsvorstand das Gewicht 1, während andere Haushaltsmitglieder, die älter als 15 Jahre sind, das Gewicht 0,7 erhalten und Kinder (15 Jahre und jünger) das Gewicht 0,5. Bei der „neuen“ OECD-Skala erhält der Haushaltsvorstand das Gewicht 1, während andere Haushaltsmitglieder, die älter als 15 Jahre sind, das Gewicht 0,5 erhalten und Kinder (15 Jahre und jünger) das Gewicht 0,3. Beide – wie alle anderen Äquivalenzskalen – sind, wie die Prozentgrenze selbst, letztlich normativ begründet. Gleichwohl haben sie entscheidende Auswirkungen auf die statistische Ermittlung der Armutsgrenze und der betroffenen Haushaltstypen. Die Kindheits- und Armutforschung plädieren für die Anwendung der alten OECD-Skala, um Kinderarmut in Deutschland realitätsgetreu zu erfassen. Die Bundesregierung wendet im Rahmen der weiteren Armuts- und Reichtumsberichterstattung beide Skalen an.

- 2 Vgl. Martens, Rudolf: Expertise: Der Einfluß der Agenda 2010 auf Personen und Haushalte mit Kindern in Deutschland. Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, Frankfurt am Main 2003.
- 3 Vgl. Hock, Beate/Holz, Gerda/Wüstenhöfer, Werner: Frühe Folgen – Langfristige Konsequenzen? Armut und Benachteiligung im Vorschulalter, Frankfurt am Main 2000, S. 88.
- 4 Derzeit werden in einer Wiederholungsbefragung die erstmals 1999 erforschten 893 sechsjährigen Kinder im Alter von zehn Jahren erneut erforscht. Untersucht werden sowohl ihre aktuelle Situation (Querschnitt) als auch ihre Entwicklung seit 1999 (Längsschnitt). Dies ist die erste Langzeitstudie zur Wirkung von Armut bei Kindern im frühen bis späten Kindesalter in Deutschland. Vgl. Holz, Gerda/Puhmann, Andreas: Entwicklungs- und Lebenssituation von (armen) Kindern zwischen Kindergarten und weiterführender Schule. Zwischenbericht zur 3. AWO-ISS-Studie, Frankfurt am Main 2004
- 5 Vgl. Meier, Uta/Preuße, Heide/Sunnus, Eva Maria: Steckbriefe von Armut. Haushalte in prekären Lebenslagen, Opladen 2003; Holz, Gerda/Skoluda, Susanne: Armut im frühen Grundschulalter, Frankfurt am Main 2003; Holz, Gerda: Gesundheitsdefizite und Gesundheitspotenziale sozial benachteiligter und armer Kinder im frühen Kindesalter, in: Richter/Holz/Altgeld (Hrsg.): Gesund in allen Lebenslagen. Förderung von Gesundheitspotenzialen bei sozial benachteiligten Kindern im Elementarbereich, Frankfurt am Main 2004, S. 1-87.
- 6 Vgl. Walper, Sabine: Auswirkungen von Armut auf die Entwicklung von Kindern,

in: Lepenies/Nunner-Winkler/Schäfer/Walper: Kindliche Entwicklungspotenziale. Normalität, Abweichung und ihre Ursachen. Materialien zum 10. Kinder- und Jugendbericht. Band 1, Opladen 1999, S. 291–360.

- 7 Vgl. Richter, Antje: Wie erleben und bewältigen Kinder Armut?, Aachen 2000.
- 8 Sie haben unter anderem zu den Arten der Bedürfnisse sowie dem Bewältigungshandeln von Kinder geforscht und unterscheiden fünf Handlungsspielräume, die wiederum die Entwicklung eines Kindes prägen. Vgl. Chassé, Karl-August/Zander, Margherita/Rasch, Konstanze: Meine Familie ist arm: Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen, Opladen 2003.
- 9 Vgl. Kreft, Dieter/Mielenz, Ingrid: Wörterbuch Soziale Arbeit. 4. vollst. überarb. und erweitt. Auflage, Weinheim 1996, S. 525.
- 10 Beispielhaft hierzu die Armuts-/Sozialberichte der Städte München, Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt am Main. Zur Situation in Sozialen Brennpunkten vgl. Dangschat, Jens: Du hast keine Chance, also nutze sie! Arme Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen, in: Mansel/Klocke (Hrsg.): Die Jugend von heute. Selbstanspruch, Stigma und Wirklichkeit, Weinheim 1996, S. 152-173.



„Soziale Stadt –
meine Sicht“

Sprachförderung in einer Kita im sozialen Brennpunkt

Erfahrungsbericht aus einer städtischen Kindertagesstätte in Hannover

Fast 50 Prozent unserer Kinder haben einen Migrationshintergrund. Nicht selten kommt es vor, dass die Kinder zu Beginn ihrer Kindergartenzeit kein Wort deutsch sprechen und verstehen. Es versteht sich daher von selbst, dass für unsere Kita Sprachförderung und interkulturelle Pädagogik in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Im Rahmen unserer personellen und finanziellen Möglichkeiten haben wir unseren Schwerpunkt auf den Spracherwerb und die Sprachentwicklung gelegt. So gehören Bilderbuchbetrachtungen, Nutzen und Schaffen von Sprachanlässen jeglicher Art sowie Projektarbeit zu den regelmäßigen Angeboten in unserer Kita.

Sehr gefreut haben wir uns, dass unsere Kita zu einer der Einrichtungen gehört, die seit dem Kindergartenjahr 2003/2004 von der Maßnahme des Landes Niedersachsen „Sprachförderung in Kindergärten“ profitieren. Ab August 2003 erhalten wir 16 zusätzliche Personalstunden, durch die wir

eine wesentlich intensivere und gezielte Förderung der Kinder ermöglichen können.

Boris Rocker ist unser Mitarbeiter, der sich dem Thema seither intensiv gewidmet und sich zum Sprachförderer unserer Kita fortgebildet hat. Gemeinsam im Team haben wir ein Konzept zur interkulturellen Pädagogik und zur systematischen Sprachförderung entwickelt. Unseren Alltag haben wir umstrukturiert, um die Arbeit in Kleingruppen zu ermöglichen. Je nach Alter und Entwicklungsstand erhalten die Kinder Förderung beim Wortschatzerwerb, im Erlernen der Struktur der deutschen Sprache und zur Vorbereitung auf die Schriftsprache. Vorlesen, Geschichten erzählen und der Besuch des Bilderbuchkinos in der Stadtbücherei Mittelfeld sind weitere Angebote.

Den Kindern Sprechanlässe und neue Sinneseindrücke bieten

Grundidee unserer Sprachförderung ist immer wieder, die Kinder zu begeistern, Sprechanlässe zu bieten und in den Kleingruppen Sprache „so ganz nebenbei“ zu erlernen. Highlights für unsere Kinder sind die regelmäßigen Zoo- und Museumsbesuche mit jeweils sechs Kindern. Diese Besuche sind immer wieder aufregende Erlebnisse für die Kinder und bieten vielfältigen Anlass zum Fragen und Sprechen. Viele unserer Kinder kommen aus ihrem näheren Umfeld kaum heraus, von daher sind diese Ausflüge wichtige Bildungsangebote, die den Erfahrungshorizont unserer Kinder erweitern. Kinder sind beim Erwerb von Sprache auf die Anregung aller Sinne angewiesen, und wir ermöglichen ihnen durch unsere Aktivitäten, Neues zu sehen, zu riechen, zu fühlen, sich ein Stückchen mehr von der Welt zu erobern.

Nach dem ersten Jahr dieser intensiven Sprachförderung können wir deutliche Fortschritte bei den Kindern erkennen. Ihre Möglichkeiten, sich in

der deutschen Sprache auszudrücken, haben sich spürbar verbessert. Die Gelder des Landes für die Sprachförderung sind unseres Erachtens sinnvoll eingesetzt. Schade ist, dass wir mit dieser Förderung nicht auf Dauer rechnen können. Das Land behält sich vor, die Kriterien zur Förderung jährlich neu festzulegen und die Förderungswürdigkeit der Kitas zu überprüfen. Sobald wir unter einen bestimmten Prozentsatz von Kindern mit Migrationshintergrund fallen, werden wir diese zusätzlichen Personalstunden nicht mehr erhalten.

Wir freuen uns aber zunächst darüber, dass wir die Förderung ein weiteres Kindergartenjahr erhalten, in dem wir unsere erfolgreiche Arbeit fortsetzen können.

- Cathrin Weber,
Leiterin der Kindertagesstätte
Wülferoder Weg, Hannover

ABONNEMENT

Sie möchten Soziale Stadt info abonnieren?

Schicken Sie uns
eine E-Mail:
sozialestadt@difu.de

oder ein Telefax:
030/39 001-269

Geben Sie bitte Ihren vollständigen Namen, die Adresse, ggf. Dienststelle oder Institution, aber auch Telefon, Telefax an.

Oder senden Sie einfach eine Postkarte an:
Deutsches Institut für Urbanistik,
Straße des 17. Juni 112,
10623 Berlin.

Sprachförderung im Elementarbereich in Niedersachsen

Die Sicht der Träger von Kindertagesstätten in Hannover

Im Jahr 2002 hat die Landesregierung Niedersachsen beschlossen, für die Sprachförderung an Kindertagesstätten acht Millionen Euro bereit zu stellen. Die Förderung findet in Form von Zuwendungen für zusätzliches Personal statt. Beginn war das Kindergartenjahr 2003/2004.

Im Februar 2003 wurden erstmalig die Antragsformulare mit den Förderrichtlinien an die Kitas verschickt. Die Förderung basiert auf den „Richtlinien zur Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache im Elementarbereich“.

In Hannover erhielten im Kindergartenjahr 2003/2004 nach Prüfung aller Voraussetzungen insgesamt 75 Kindertagesstätten eine Förderung von entweder 16 oder 31 Personalstunden monatlich. Zusätzlich hat das Land Niedersachsen Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und für die Träger von Kindertagesstätten zur Schulung ihrer Mitarbeiterschaft angeboten. Das Land überlässt es den einzelnen Kindertagesstätten, nach welchen theoretischen Grundannahmen oder Forschungsansätzen sie ihre Sprachförderung ausrichten, es empfiehlt jedoch die Osnabrücker Materialien zur systematischen Förderung von Kindern im Vorschulalter.

Die Landesförderung hat auch bei den Trägern einen Fortbildungs- und Weiterbildungsschub ausgelöst. In Hannover wurden gemeinsam mit allen Trägern von Kindertagesstätten Leitlinien zur Sprachförderung erarbeitet.

In einer Träger übergreifenden Langzeitfortbildung mit der Zentralen Einrichtung für Weiterbildung der Universität Hannover (ZEW) wurden

Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher gemeinsam geschult. Die Zusammenarbeit beider Institutionen wurde nachhaltig verbessert, Kooperationsvereinbarungen zwischen Schulen und Kindertagesstätten wurden abgeschlossen. Eine Wiederholung dieser Veranstaltung in einem anderen Stadtteil ist geplant.

Des Weiteren wurden in Hannover kintaintern und trägerintern eine Vielzahl von Fortbildungen durchgeführt und Anstrengungen unternommen, die Sprachförderung durch die Schulen mit der Sprachförderung an den Kindertagesstätten zu koordinieren. Letzteres gestaltet sich an einigen Standorten ausgesprochen schwierig, hat aber an vielen anderen Standorten die Zusammenarbeit beider Institutionen wesentlich verbessert.

Für die Sprachförderung im Kindergartenjahr 2004/2005 hat die Landesregierung die Fördersumme von acht Millionen auf sechs Millionen reduziert. Durch eine zusätzliche Haushaltssperre wurden diese Mittel nicht in voller Höhe ausgezahlt. Die Kürzungen haben sich nicht auf die Anzahl der Personalstunden niedergeschlagen, sondern auf die Anzahl der zu fördernden Kindertagesstätten. Allgemein wird gehofft, dass die Landesregierung die Sprachförderung in Kindertagesstätten dauerhaft unterstützt, da nach Einschätzung aller Träger eine intensive und systematische Förderung der Kinder nur mit zusätzlichem Personal zu leisten ist.

- Kontakt:
Claudia Wilke
Kindertagesstättenfachberatung
Stadt Hannover
Fachbereich Jugend und Familie

Auszüge aus den Richtlinien zur Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache im Elementarbereich

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Gefördert werden können Kindertagesstätten mit mindestens zwei Kindergartengruppen, in denen der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund einschließlich von Spätaussiedlerkindern und Kindern aus besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen mindestens 40 v.H. beträgt. Der Anteil der Kinder aus besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen kann dabei angemessen berücksichtigt werden, stellt jedoch nicht die hauptsächliche Zielgruppe dar.

4.4 Die Antragsteller müssen zur Umsetzung der Förderziele eine Konzeption mit folgenden Elementen vorlegen:

- Ein Konzept mit interkulturellem Ansatz. Dieses soll die Förderung von Sprache und Sprechen im Deutschen und in der Familiensprache der Kinder einschließlich der Einbeziehung der Eltern in den Bildungsprozess der Kinder umfassen.
- Vorstellungen über eine altersgemäße, systematische Förderung des Deutschlernens bei allen Kindern, die keine oder nur geringe Kenntnisse in der deutschen Sprache besitzen.
- Planungen für die fachliche Beratung, Fortbildung und den Kompetenztransfer bei der Sprachförderung für die in den Kindertagesstätten bzw. im Wirkungskreis des freien oder örtlichen öffentlichen Trägers tätigen Fachkräfte.
- Planungen für eine Zusammenarbeit mit der Grundschule

Ihmeplatz 5, 30499 Hannover
Telefon: 0511/168-46193
E-Mail: Claudia.Wilke@hannover-stadt.de

Sozialraumorientierte Familienberatung im Stadtteil Trier-Nord

Die Familienberatungsstelle des Gemeinwesenzentrums Bürgerhaus Trier-Nord ist verortet im Stadtteil Trier-Nord, einem problembelasteten Wohngebiet, das im Jahre 2000 in das Bund-Länder-Förderprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen wurde. Sie hat ihren Ursprung in einem in Kooperation mit dem Jugend- und Sozialamt der Stadt Trier im Jahre 1984 gegründeten universitären Forschungsprojekt unter Leitung von Prof. Heinz A. Ries.

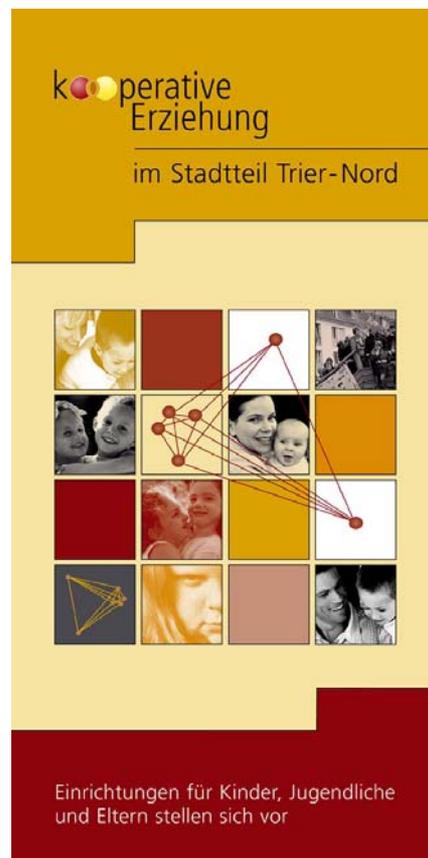
Ziel des Projektes war es, für die im Stadtteil Trier-Nord überproportional hohe Zahl junger Familien – darunter ein hoher Anteil allein Erziehender – in komplexen psychosozialen Problemlagen ein Hilfskonzept zu entwickeln sowie ein Beratungs- und Unterstützungsangebot zu etablieren. Nach einer mehrjährigen externen Evaluation wurde das Projekt 1994 als Beratungsstelle des Landes Rheinland-Pfalz anerkannt und in die Trägerschaft des Bürgerhauses übernommen.

Unser stadtteilorientiertes Beratungs- und Unterstützungsangebot für junge sozial benachteiligte Familien

Junge kinderreiche Familien/allein Erziehende, viele davon arbeitslos bzw. Sozialhilfebezieher, sind nach wie vor die zentrale Zielgruppe der Beratungsstelle. Sie stellen weiterhin einen überproportional hohen Anteil der Wohnbevölkerung des Stadtteils, der Anteil der Kinder an der Wohnbevölkerung liegt mit 38 Prozent weit über dem städtischen Durchschnitt.

Überwiegend sind komplexe psychosoziale Problemlagen Anlass und Inhalt der Beratung. Mit dem Ziel, die Familien darin zu unterstützen, ihre Lebenssituation grundlegend zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungschancen der Kinder,

verbinden wir auf der Grundlage des Konzepts, das im Verlauf der Jahre differenziert und weiterentwickelt wurde,



die Einzelfallarbeit mit pädagogisch-therapeutischen Gruppenangeboten und vernetzenden Angeboten. In diese Intensivberatung sind in der Regel alle Familienmitglieder einbezogen. Sie ist langfristig angelegt – je nach Bedarf über mehrere Jahre. Die Beratung findet im Rahmen von aufsuchender Arbeit oder in der Beratungsstelle statt. Sie ist ganzheitlich an der Lebenswelt der Familien orientiert und verbindet unter Berücksichtigung der materiellen und psychosozialen Problemlagen und ihrer Verflechtungen lebenspraktische und beratende/therapeutische Hilfen.

Neben der Abklärung und Mobilisierung der persönlichen und familiären

Ressourcen sind Lösungen und Handlungsperspektiven in der Regel nur durch die Einbindung der Familien in tragfähige soziale und institutionelle Netzwerke möglich. Die Beratungsstelle übernimmt hier vielfach die Aufgabe der Kontakthanbahnung und Begleitung. Sie vermittelt bei Konflikten und koordiniert verschiedene Hilfen für die Familien im Rahmen von Helferkonferenzen.

Vernetzung der jungen Mütter im Rahmen von Frauengruppen

Aus der Erfahrung heraus, dass gerade junge sozial benachteiligte Mütter mit kleinen Kinder oft sozial isoliert sind, haben unsere langfristig konzipierten pädagogisch-therapeutischen Gruppenangebote für junge Mütter aus der Intensivberatung einen zentralen Stellenwert. Die regelmäßigen Nachbefragungen von Gruppenteilnehmerinnen bestätigen uns, dass unsere Ziele, über die Gruppe Kontakte untereinander zu fördern, familienunterstützende soziale Netzwerke aufzubauen und Erfahrungsaustausch und Solidarität zu fördern, realisiert werden können.

Es hat sich gezeigt, dass gerade die Frauen aus den Frauengruppen auf vielfältige Weise als Multiplikatorinnen im Stadtteil wirken, sei es bei der Gestaltung von Stadtteilstunden, bei der Beteiligung am Aktionstag Soziale Stadt, in Arbeitskreisen oder bei der Übernahme von ehrenamtlichen Funktionen im Bürgerhaus, in Kitas, Schulen, der Wohnungsgenossenschaft usw.

Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsangebote im Stadtteil

Die Anerkennung als Beratungsstelle, aber insbesondere auch die ständig zunehmende Nachfrage nach Beratung führten nach und nach zur Erwei-

terung des Beratungsangebots für Familien und auch für weitere Zielgruppen wie Paare und Alleinstehende aus dem Stadtteil und in geringem Umfang auch aus der Stadt Trier. Das Angebot der Intensivberatung wurde ergänzt um die lösungsorientierte Kurzberatung in aktuellen Problemlagen. Auch hier sind lebenspraktische Unterstützung und Beratung, Vernetzung und Kooperation und eine Komm- und Gehstruktur möglich.

Durch die Öffnung des Angebotes und die Einrichtung einer offenen Sprechstunde konnte die Zahl der Ratsuchenden verdoppelt werden. Weit überwiegend sind dies Familien mit mehreren Kindern. Beratung bei Finanz- und Wohnproblemen, Erziehungsberatung, Beratung zu Fragen der Partnerschaft, zu Fragen des Umgangs nach Trennung und Scheidung sowie die Beratung zur beruflichen Situation sind die häufigsten Themen.

Insbesondere orientiert an den Bedürfnissen der Familien wurde unser Angebot weiter differenziert und ausgebaut, etwa durch die Öffnung der Gruppe für einen weiteren Kreis von Frauen, Gesprächskreise für Eltern, den Ausbau pädagogisch-therapeutischer Maßnahmen für Kinder und den Einsatz von Hilfen zur Erziehung in Kooperation mit dem Jugendamt der Stadt Trier.

Kooperative Erziehung im Stadtteil Trier-Nord

Die Familienberatungsstelle versteht sich mit ihrem spezifischen Auftrag als Teil des Netzwerkes, das – konzeptionell schon mit der Gründung des Bürgerhauses angelegt – über 20 Jahre kontinuierlich mit einer Vielzahl von Akteuren auf- und ausgebaut werden konnte, um die Lebensqualität der Menschen im Stadtteil zu verbessern. Über die fallbezogene Vernetzung hinaus arbeiten wir deshalb an der Erstellung und Realisierung von neuen Konzepten und Projekten im Bürger-

haus mit und beteiligen uns an Arbeitskreisen und Initiativen.

Auf Initiative der Familienberatungsstelle gründete sich im Mai 2000 der Arbeitskreis „Kooperative Erziehung im Stadtteil Trier-Nord“. Der AK ist konzipiert als Kooperationsprojekt von Institutionen, die im Stadtteil mit Kindern, Jugendlichen und Eltern arbeiten, sowie Elternvertreterinnen und -vertreter. Ziel ist es, sich mit den besonderen Anforderungen an Erziehung in dem sozial benachteiligten Wohngebiet auseinander zu setzen und gemeinsame Handlungsstrategien und Aktivitäten zur Verbesserung der Entwicklungschancen der Kinder zu entwickeln, die Eltern zu stärken und die Kooperation der Einrichtungen untereinander und mit den Eltern zu optimieren.

Mit Aktivitäten wie einer aktivierenden Befragung von Eltern und Institutionen zu den Themen Erziehung, Kooperation, Ressourcen und Probleme des Stadtteils sowie der Rückmeldung der Befragungsergebnisse, der Erstellung einer Infobroschüre, der Durchführung von Fallkonferenzen und einrichtungsübergreifenden Eltern-Kind-Nachmittagen fand der AK bei Eltern und Einrichtungen bisher eine gute Resonanz.

Die vielfältigen Entwicklungen im Stadtteil zur Verbesserung der Lebensqualität der Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner, die Projekte zur beruflichen Qualifikation und Integration, der Ausbau der Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, die Sanierung des Wohnraums und die Neugestaltung des Wohnumfelds und schließ-

lich auch die vielfältigen Ansätze zur Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft tragen wesentlich zu den positiven Ergebnissen unserer Beratungsarbeit und deren Nachhaltigkeit bei. Ohne die gute Kooperation aller beteiligten Institutionen, Organisationen und Initiativen wären sie so nicht erreichbar.

- Kontakt:
 Brigitte Billigen, Mona Gupta,
 Lisa Neunkirch
 Familien-, Paar und Lebensberatungsstelle Bürgerhaus Trier-Nord
 Franz-Georg-Str. 36, 54292 Trier
 Telefon: 0651/91 82 0/15-16-17
 Telefax: 0651/91 82 02 5
 E-Mail:
 buergerhaus_trier_nord@web.de



Oben: Ferienfreizeit; unten: Aktion „Soziale Stadt“



Benachteiligte Stadtviertel brauchen den Dialog zwischen Jung und Alt

1. Das Ausgangsproblem

Bei Bürgerversammlungen in Stadtvierteln mit erhöhtem Erneuerungsbedarf, an denen häufig Jugendliche teilnehmen, kann man mitunter „reziproke soziale Aufschaukelungsprozesse“ beobachten: Unberechtigte Vorwürfe, Unterstellungen und Vermutungen der Anwohner werden von Jugendlichen heftig kommentiert, was wiederum reziprok die „Fehleinstellung“ der Erwachsenen verstärkt. Der Grund liegt nicht selten darin, dass sich Erwachsene und auch Jugendliche nicht von Fakten, sondern von Vorurteilen leiten lassen. So können Anwohner im Diskurs vom Vorurteil ausgehen, „Jugendliche sind laut und rücksichtslos“. Es ist klar, dass hiermit die Offenheit für Argumente junger Leute stark eingeschränkt wird. Die Reaktion der beteiligten Jugendlichen ist dann häufig: „Die Alten sind nicht mehr fähig, unsere Probleme zu verstehen“. Den Vorschlägen von Erwachsenen wird nicht mehr zugehört. Die Diskussio-

nen enden, wie die Erfahrungen aus Beteiligungsverfahren zeigen, in der allseitigen Auffassung, „es hat sowieso alles keinen Zweck“.

Dieses Beispiel macht deutlich, dass die Beteiligten bei einer „deformierten Interaktion“ sich gegenseitig falsch wahrnehmen. Solche Fehlwahrnehmungen können durch Vorurteile aufgelöst werden. Sie haben ihre Ursachen in der unzureichenden Fähigkeit, sich in das Gegenüber hineinzusetzen, oder sie werden durch Persönlichkeitseigenschaften wie Intoleranz und mangelnde Feinfühligkeit ausgelöst.

2. Ein Lösungsansatz

Es ist nicht einfach, Probleme der sozialen Interaktion zu lösen. Möglich sind z.B. Bürgerschulung und indirekte Hilfen, etwa Gespräche vor Ort. Aber auch die Rahmenbedingungen der Interaktion müssen stimmen. So spielt die „Kultur einer Gesellschaft“

sehr stark hinein in die persönliche Interaktion. Wenn es prinzipiell nicht mehr möglich ist, dem anderen zuzuhören und auf seine Vorschläge einzugehen, weil Intoleranz heutzutage „in“ ist, dann hat das natürlich Auswirkungen auf zwischenmenschliches Verhalten. Es muss gelingen, wieder die Fähigkeit auszubilden, Probleme anderer zu verstehen. Aus diesem Grund sollten Bewährungsfelder gemeinsamen Handelns gesucht werden. So bieten Projekte in Stadtvierteln, an denen Kinder, Jugendliche, Anwohner und Senioren gemeinsam arbeiten, eine gute Basis für den „generationsübergreifenden Dialog“. An Projekten entlang lassen sich Bevölkerungsgruppen, die sich im Stadtviertel derzeit sprachlos gegenüberstehen, wieder miteinander ins Gespräch bringen, „verschüttete“ Persönlichkeitseigenschaften wie Achtung, Hilfsbereitschaft, Verantwortungsgefühl, Vertrauen in den anderen können wieder aktiviert werden. Denn erst in der produktiven sozialen Interaktion lassen sich Probleme diskutieren und Konsenslösungen finden.

3. Das Leipziger Kinderbüro als Initiator des generationsübergreifenden Dialogs

Man muss sich zunächst die Frage stellen: Was können Kinder und Jugendliche anders als Erwachsene? Im Unterschied zu vielen Erwachsenen verfügen sie häufig über eine gediegene lokale Kenntnis ihres Stadtviertels. Sie sind Spezialisten ihres Wohnviertels und überdies unmittelbar daran interessiert, ein kindgerechtes und jugendfreundliches Wohnumfeld mitzugestalten, das über eine gute Aufenthaltsqualität verfügt und in dem man sich wohl fühlt, viele Anregungen erhält und in dem man auch etwas Au-



Beim Aufstellen der Kinderwegweiser ist das ganze Stadtviertel dabei.

bergewöhnliches unternehmen kann. Voraussetzung für den Abgleich der Ideen von Alt und von Jung zur Gestaltung eines kinderfreundlichen Wohnumfeldes ist die günstige Gestaltung des generationsübergreifenden Dialogs. Beispiele aus der Arbeit des Leipziger Kinderbüros „Kinder planen ihre Stadt“ weisen auf die produktiven Aspekte eines solchen Widerstreits hin. Ganz gleich, ob es etwa um die Umgestaltung eines Platzes oder um die kinderfreundliche Nutzung von Straßen und Gebäuden geht, die vorgezogene Kinder- und Bürgerbeteiligung ist unverzichtbar. Die Arbeit des Leipziger Kinderbüros lässt erkennen, warum der generationsübergreifende Diskurs gelingt:

- Kinder und Jugendliche werden im Beteiligungsprozess ernst genommen.
- Die Älteren sind bereit, von Jüngeren zu lernen und umgekehrt.
- Jeder versucht, sich in den anderen einzudenken.
- Die Gesprächspartner wissen genau, worüber sie reden.
- Im Zentrum stehen Inhalte und nicht Vorurteile oder Schuldzuweisungen.
- Bei Konflikten werden die Gespräche durch einen unabhängigen Gesprächsleiter moderiert.

4. Wie alles begann

Kinderbeteiligung bedarf kompetenter Institutionen, die den Kinderwillen aufnehmen und umsetzen helfen. Das Leipziger Kinderbüro ist als Stadtteil-, Planungs- und Beteiligungsbüro vor zehn Jahren aus einem Bund-Länder-Modellversuch hervorgegangen. Es arbeitet jetzt als anerkannter Träger der Freien Jugendhilfe mit Kindern und Jugendlichen in der Altersspanne von elf bis 17 Jahren in Stadtvierteln mit erhöhtem Entwicklungsbedarf (Innerer Süden, Grünau, Urban-Gebiet des Leipziger Westens). Dabei verfolgt es mehrere Ziele gleichzeitig:

- Es ist als Kinder-Stadtteilbüro direkter Ansprechpartner für Kinder.

- Es will als Fachstelle für Partizipation und Demokratielernen anregen, fördern und beraten.
- Es beteiligt Kinder und Jugendliche an der Gestaltung einer kinderfreundlichen Stadt.
- Es betreut fachlich die Jugendbeiräte im Leipziger Westen.

Wichtig für die Leipziger Erneuerungsgebiete ist, dass vor allem das „kreative Potenzial“ junger Menschen aus dem Stadtteil selbst genutzt wird. Gemeinsam mit dem Quartiersmanagement, den Bürgervereinen und der Stadtverwaltung werden derzeit verschiedene Aufgaben und Projekte in Angriff genommen:

- umfassende Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die Stadterneuerung;
- planerische Mitgestaltung eines kinderfreundlichen Stadtgebietes;
- Projektentwicklung und Projektrealisierung im Urban-Gebiet;
- Zusammenarbeit mit Stadtämtern zur Planung eines familiengerechten Wohnumfeldes – dazu gehört die permanente Gestaltung des generationsübergreifenden Dialogs aller Stadtteilbewohner;
- Beratung von „Vor-Ort“-Stadtteilinitiativen bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen (Leipziger Kinderbüro als Fachstelle für Partizipation und Demokratielernen).

Die konkrete Projektgestaltung kann sogar so weit gehen, dass ganze Stadtareale umgestaltet werden, wie das Beispiel Leipzig-Grünau zeigt. Dort sollen Lehr- und Erlebnispfade entstehen. Diese Wegeverbindungen zwischen zwei Gewässern mitten durch ein Plattenbaugelände können die Besonderheiten und Schönheiten der Großwohnsiedlung hervorheben und

zur Identifikation jüngerer und älterer Leipziger mit ihrem Wohngebiet beitragen. Die so genannte Hafestraße bildet ebenso wie die geplante Alte Salzstraße ein gedachtes Band, von dem aus später viele Teilprojekte in Zusammenarbeit mit Kindern, Jugendlichen, Senioren und Familien entstehen können. Diese Projekte beginnen jeweils mit einer Zukunftswerkstatt mit den beteiligten Akteuren, um deren Ideen für die Teilprojekte zu generieren. Die Ergebnisse der Projekte werden in Ausstellungen des Amtes für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung vorgestellt. Die Exponate finden bei den Familien aus den Sanierungsgebieten lebhaften Zuspruch. Es wird dabei stets der Wunsch geäußert, dass weiterhin kreative Projekte entwickelt werden und damit die Möglichkeit zur Partizipation der Anwohner bei der Stadterneuerung auch in weiteren Stadtgebieten Leipzigs geschaffen wird. Weiter Informationen sind auf der Homepage zu finden: www.leipziger-kinderbuero.de.

- Kontakt:
Prof. Dr. Gerhard Lehwald
Leiter des Leipziger Kinderbüros
Fachstelle für Partizipation und Demokratielernen im Urban Zentrum
Rietschelstraße 2, 04177 Leipzig
Telefon: 0341/87059-45
Telefax: 0341/87059-44
E-Mail:
lehwald@leipziger-kinderbuero.de



Mit dem Ferienpass können jüngere Kinder mit ihren Eltern im Kinderbüro eine kinderfreundliche Stadt basteln.

Beteiligung von Kindern bei Planung und Umsetzung von Freiraumprojekten

Ein Erfahrungsbericht



Fotos oben: Für Familien in sozial benachteiligten Quartieren hat die Qualität des Wohnumfeldes eine besonders große Bedeutung – deshalb müssen wir sie an der Umgestaltung unbedingt beteiligen!

Seit über zwanzig Jahren begleite ich Planungsprozesse in sozial benachteiligten Stadtteilen als Landschaftsarchitektin im gesamten norddeutschen Raum. Und ich muss sagen, dass Kinder und Jugendliche nach wie vor meine „liebsten Bauherren“ sind: so begeisterungsfähig, so kooperativ, so einsichtig, so kreativ wie Kinder und Jugendliche sind Erwachsene selten. Darüber hinaus meine ich, dass Freiraumprojekten in diesen Quartieren eine Schlüsselrolle zukommt. In der Regel wohnen dort vergleichsweise viele Kinder in einem besonders schlechten Wohnumfeld. Hinzu kommen recht beengte Wohnverhältnisse. Deshalb ist die Bedeutung des Freiraumes in diesen Quartieren be-

sonders groß: vom direkten Umfeld der Wohnungen über die Außenanlagen der Kindergärten und Schulen bis hin zu Spiel- und Bolzplätzen entscheidet deren konkrete Ausgestaltung nicht zuletzt darüber, wie häufig die Kinder draußen sind und nach Herzenslust spielen oder eben nicht.

Hier liegt, wie ich finde, genau einer der Ansatzpunkte, den vermeintlichen Teufelskreis zu durchbrechen, in dem sich Kinder aus sozial benachteiligten Stadtteilen befinden: die Stigmatisierung macht sich unter anderem auch sehr stark an dem Zustand des Wohnumfeldes fest. Hinzu kommen zunehmend gesundheitliche Probleme, die zum großen Teil auch durch den Mangel an Bewegung bedingt sind. Ziel muss es also sein, in diesen Quartieren ein attraktives Wohnumfeld zu schaffen, das auf Besucher „ganz normal“ wirkt und das den Bewohnern angenehme Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten bietet. Dies kann nur gelingen, wenn die Bewohner-

schaft an dieser Umgestaltung beteiligt wird und sich mit dem, was dort entsteht, identifizieren kann. Die Berichterstattung in den Medien spielt dabei auch eine erhebliche Rolle – im Positiven wie im Negativen...

Nach unseren Erfahrungen sind Freiraumprojekte mit Kindern besonders gute „Schlüsselprojekte“: ob Kinder-

Foto unten: Solche Zeitungsartikel schaden mehr als dass sie nützen. Hier wird auch dem bisher unvoreingenommenen Leser deutlich, dass dieser Stadtteil „ganz unten“ ist: im Hintergrund öde Wohnblöcke, die Grünanlagen ungepflegt, und die Kinder offensichtlich vernachlässigt. Die Presse ist leider nicht ganz unbeteiligt an der Stigmatisierung ganzer Quartiere! Und all dies geht natürlich besonders zu Lasten der Kinder: „Sag’ mir, wo du wohnst, und ich sage dir, was aus dir wird!“ Diesen Teufelskreis gilt es zu durchbrechen.

NBZ / Spatenstich im März, doch Streit geht weiter

Arbeitslose bauen Stadtteilzentrum mit

Schub für bessere Nachbarschaft in Grone-Süd: Der Bau des lange geplanten Nachbarschaftszentrums (NBZ) soll im März beginnen, das Zentrum zum Ende des Jahres seine Pforten öffnen. Zwölf arbeitslose Jugendliche aus der Region sollen beim Bau mitwirken. Der Trägerverein hofft, die Begegnungsräume mit Stadtteilkafé gleich nach Fertigstellung mit Leben zu füllen.

Grone (la). Das Nachbarschaftszentrum soll Konflikte im Stadtteil entschärfen und für mehr Miteinander sorgen. Der kontroversen Diskussion über die Notwendigkeit des Projektes folgte ein zäher Streit um den Standort. Die Jona-Kirchengemeinde gab schließlich ihr Einverständnis, daß das NBZ auf ihrem Gelände neben dem Jona-Gemeindehaus errichtet wird. Erst seit wenigen Wochen steht fest, daß vier Wohlfahrtsverbände zusammen mit Groner Initiativen die Trägerschaft für das Zentrum übernehmen.

„Nun kann es endlich losgehen“, sagte der Leiter des Hochbauamtes, Gerhard Malsch. Baudezernentin Simone Rasbok hält es für einen

wichtigen Bestandteil des Projektes, daß arbeitslose Jugendliche von Beginn an in die Bauarbeiten einbezogen werden. Bereits beim Ausbau des Jugendhauses am Elmweg und bei der Neugestaltung des Bolzplatzes in Grone waren Arbeitslose in Kooperation mit dem Arbeitsamt beteiligt und ausgebildet worden.

Kritik am Projekt bleibt

Das Nachbarschaftszentrum bleibt jedoch unstritten. „Ich glaube nicht, daß das NBZ alle Groner anspricht“, meinte Heinz-Günter Bode, Vertreter der CDU im Sozialausschuß. Die CDU hält es für sinnvoller, auffällige Mieter in Grone-Süd gezielt in ihren Wohnungen aufzusuchen und Beratung von Sozialarbeitern anzubieten. Die CDU hatte im Bauausschuß erneut versucht, das Projekt zu stoppen.

„Mehr Stadtteilarbeit in Grone ist nötig“, betonte Bode. „Gezielte Betreuung“ und Kontaktpflege sei jedoch wirksamer als ein offenes Haus. SPD, FDP und GAL stehen hinter dem Projekt: Die Finanzierung des für die inhaltliche Arbeit im NBZ zuständigen Trägervereins ist jedoch weiterhin offen.



Auf dem Grundstück der Jona-Gemeinde an der Deisterstraße soll das NBZ entstehen.

gartenaußenanlage, Schulhof oder Spielplatz, diese Orte werden tagtäglich von vielen Kindern – und Eltern – aufgesucht, sie sind also allseits bekannt. Die mangelhafte Ausstattung und Gestaltung ist für alle offensichtlich und erfahrbar. Und entsprechend auffällig wirkt ihre Umgestaltung: plötzlich sehen diese Anlagen viel freundlicher und einladender aus, sie werden intensiver genutzt und machen für alle Beteiligten deutlich, dass man schlechte Wohnumfeldbedingungen durchaus verändern kann. Diese Erfahrung ist für die Kinder – aber auch für deren Eltern – elementar, weil sie im Rahmen solcher Prozesse wahrnehmen, dass sie ernst genommen werden, dass sie Einfluss auf die Planung ihres direkten Umfeldes nehmen und dass Orte entsprechend ihren Bedürfnissen verändert werden können.

Besonders gute Erfahrungen haben wir mit der Durchführung solcher Projekte im Rahmen des Sachkundeunterrichts in 3./4. Klassen gemeinsam mit dem Fachlehrer gemacht. Viele Kinder, die sich sonst eher gelangweilt und selten am Unterricht beteiligt haben, blühten in ihrer Funktion als „Planungsexperten“ regelrecht auf! Neben der qualifizierten Auswahl und Bearbeitung gemeinsamer Projekte, z.B. eines zentral gelegenen, wichtigen Spielplatzes, ist natürlich unabdingbare Voraussetzung, dass das Projekt im Anschluss auch umgesetzt wird. Sonst werden die positiven Erfahrungen wieder zunichte gemacht und die Missstände noch viel stärker, da bewusster wahrgenommen. Ob sich darüber die Institutionen, die über die Bewilligung oder Streichung von Fördergeldern entscheiden, eigentlich im Klaren sind? Ich möchte das bezweifeln.

An den Projekten ist für mich deutlich geworden:

- Insbesondere in den sozial benachteiligten Stadtquartieren, in denen viele Kinder und Jugendliche wohnen, sind umfangreiche



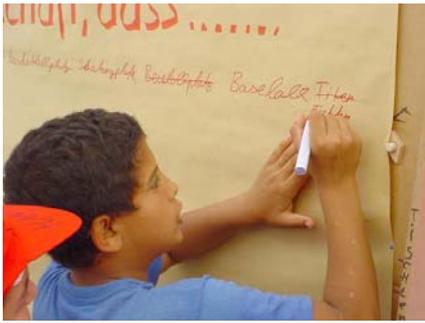
Erneuerungsmaßnahmen im direkten Umfeld erforderlich und sinnvoll, da sie zu einer intensiveren Freiraumnutzung führen. Darüber hinaus wirken sie sich positiv auf das Image des Stadtteils aus und stellen damit einen nicht zu unterschätzenden Standortfaktor für die dort wohnenden und auch für zuziehende Familien dar.

- Bei Planungsprozessen mit Kindern und Jugendlichen kommt kurzen und verlässlichen Umsetzungszeiten eine ganz besondere Bedeutung zu. Leider zieht sich in Fördergebieten häufig durch die komplizierten und langwierigen Verfahren alles viel zu lange hin. Dies ist Kindern einfach nicht zu vermitteln.
- Wird etwas nach einem durchgeführten Beteiligungsverfahren nicht durchgeführt, so ist dies unverantwortlich und führt zu einem enormen Vertrauensverlust – und Frust! – bei den beteiligten Kindern und Jugendlichen.
- Kinder und Jugendliche brauchen möglichst viele legitime, attraktive Treffpunkte im öffentlichen Raum für ihre gesunde Entwicklung. Dafür sollten wir alle – Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Politikerinnen und Politiker, Planerinnen und Planer – gemeinsam in sozial benachteiligten Quartieren sorgen und dabei nicht vergessen, die Kinder und Jugendlichen zu beteiligen!

Foto links: Der Spielplatz Hilsweg in Göttingen Grone-Süd vor der Umgestaltung. So sehen öffentliche Spielplätze in sozial benachteiligten Quartieren leider häufig aus: Sie sind „abgespielt“ und weisen kaum mehr Aufenthalts- und Spielqualitäten auf. Mädchen bemängeln besonders das „schäbige“ Aussehen, Jungen kritisieren die langweiligen Geräte. Was aus dem Platz geworden ist, sieht man auf den Fotos auf Seite 20, Mitte.



Foto oben: Die Beteiligung der Kinder findet am besten „vor Ort“ statt, das heißt nicht in geschlossenen Räumen, die an schulische Veranstaltungen erinnern. Gute Erfahrungen haben wir mit solchen Tafeln gemacht, auf denen Bestands- und Konzeptplan sowie Fotos der vorgeschlagenen Ausstattung abgebildet sind.



Fotos links oben und links Mitte: Gut bewährt hat sich auch die Durchführung von so genannten Zukunftswerkstätten mit Kindern und Jugendlichen, wie hier in der Braunschweiger Weststadt gemeinsam mit dem Jugendamt und allen vor Ort aktiven Einrichtungen



Fotos Mitte und rechts oben: Der Spielplatz Hilsweg ist nach seiner parkartigen Umgestaltung zu einem beliebten Treffpunkt für alle Altersgruppen geworden. Allen vorherigen „Unkenrufen“ zum Trotz befindet er sich nach wie vor in einem sehr ge-



Als besonders sinnvoll hat es sich erwiesen, die vorhandenen Trampelpfade als über den Spielplatz führende Wege auszubauen. So ist der Spielplatz optimal in die Umgebung eingebunden und eine positive soziale Kontrolle gewährleistet.



gen zur Umgestaltung eines Jugendspielplatzes. Dieses Projekt konnte exakt ein Jahr später eingeweiht werden – so soll es eigentlich immer sein.



pfliegten Zustand – trotz intensiver Nutzung! Die so genannte Ringwaage ist ein tolles Bewegungsangebot für Kinder und Jugendliche.



Foto rechts Mitte: Auf große Begeisterung stößt auch die Durchführung sog. Steinbaustellen, auf denen Kinder und Jugendliche gemeinsam mit Künstlern arbeiten und etwas Bleibendes schaffen. Hier entsteht gerade ein Pavillon auf dem Holtenser Berg in Göttingen.



Foto links unten: Eine gute Möglichkeit, die Kinder an der Umsetzung praktisch zu beteiligen, sind gemeinsame Pflanzaktionen, wie hier z.B. das Setzen von Blumenzwiebeln im Herbst auf einem Schulhof.



Die Fotos vom Spielplatz Hilsweg nach seiner Umgestaltung zeigen, welche große Bedeutung dieser Platz jetzt im Alltag der Kinder und ihrer Eltern hat. Die intensive Beteiligung der Kinder – und Anwohner – an der Umgestaltung hat sicherlich zu einem erheblichen Teil hierzu beigetragen. Besonders auffällig: die vielen Mädchen auf dem Platz, die vorher überhaupt nicht mehr hier anzutreffen waren.



Gemeinsam planen macht Spaß!

- Kontakt:
Johanna Spalink-Sievers
Freie Landschaftsarchitektin BDLA
Böttcherstr. 9, 30419 Hannover
Telefon: 0511/79 35 11
Telefax: 0511/75 14 19
E-Mail: johanna@spalink-sievers.de
Internet: www.spalink-sievers.de

Soziale Stadtteilentwicklung für und mit Kinder(n) und Familien in Lurup

Kinder und ihre Familien stehen mit gutem Grund im Mittelpunkt vieler Projekte der sozialen Stadtteilentwicklung: Kinder sind in besonderem Maße auf Spiel- und Entwicklungsräume in ihrem näheren Lebensumfeld angewiesen – und wer Kinder betreut, interessiert sich in der Regel in besonderem Maße für die Gestaltung des Wohnumfeldes, für eine funktionierende Infrastruktur in der näheren Umgebung und Kontakte in der Nachbarschaft. In den Luruper Gebieten der sozialen Stadtteilentwicklung am westlichen Stadtrand von Hamburg leben viele Familien mit Kindern, davon ein besonders hoher Anteil allein erziehender Mütter. Es ist aufschlussreich, einige der Luruper Projekte näher zu betrachten unter dem Aspekt: Welchen Beitrag leisten Beteiligungsverfahren für die Aneignung der Umwelt und die Verbesserung der Beziehungen in der Nachbarschaft für Kinder und ihre Familien?

Freizeit-, Spiel- und Sportflächen

Zentraler Partner für Projekte zur Wohnumfeldverbesserung sind das größte Hamburger Sozialwohnungsunternehmen, die SAGA, der der Großteil der Wohnungen in den geförderten Gebieten gehört, und die Gartenbauabteilung des Bezirks Altona. In den Voruntersuchungen¹ war festgestellt worden, dass sich die Spielplätze in den Fördergebieten in einem sehr schlechten Zustand befanden. Außerdem wurden die Kinder durch Jugendliche von ihren Plätzen vertrieben, für die es viel zu wenige geeignete Treffpunkte im Stadtteil gab.

In dem Gutachten wurde ein Konzept für die Neugestaltung und den Ausbau bestehender Spielplätze zu Schwerpunktspielbereichen empfohlen, die

für Kinder unterschiedlicher Altersstufen ebenso attraktive Treffpunkte sind wie für betreuende Eltern. Außerdem wurden mehrere Jugendfreizeit- und -sportanlagen konzipiert. Diese wurden als erstes realisiert, um den Jugendlichen angemessene Angebote in ihrer Umgebung zu machen und dadurch die Kinderspielplätze zu entlasten und zu verhindern, dass die noch zu planenden und zu bauenden Plätze von Jugendlichen in Beschlag genommen und zerstört werden. Danach wurden mehrere Spielflächen für Kleinkinder, insbesondere aber auch für Schulkinder neu ausgestaltet.

Beteiligungsverfahren

Alle Luruper Projekte wurden mit zum Teil sehr umfangreichen Beteiligungsverfahren geplant². Dabei ging es nicht allein darum, den Planern eine gute Informationsgrundlage zu verschaffen. Ebenso wichtig war, den beteiligten Kindern und Jugendlichen zu vermitteln, dass sie ernst genommen werden, dass sie selber das Wissen und die Kompetenz haben, ihre Interessen zu vertreten. Insbesondere auch durch Mitbauaktionen bei der Gestaltung der Plätze wurde den Kindern und Jugendlichen ermöglicht, sich „ihre Plätze“ in besonderer Weise anzueignen und sich mit ihrer Umgebung zu identifizieren. Darüber hinaus erwiesen sich die eingesetzten Methoden des „Planning for Real“ auch als hilfreich, um die Beziehung der beteiligten Kinder und Jugendlichen untereinander zu verbessern: Sie vertraten nicht nur ihre Interessen, sondern erlebten auch, was die anderen sich aus welchen Gründen wünschten, und lernten einander dabei in einem geschützten Rahmen auf neue Weise kennen. Ziel der Beteiligungsaktionen war auch, dass sich unterschiedliche



Bewohner- und Nutzergruppen näher kommen, dass ältere Anwohner Jugendliche und Kinder nicht nur als „Störung“ wahrnehmen, sondern ihnen bei der Artikulation ihrer Bedürfnisse begegnen. Aber auch die Kinder und Jugendlichen konnten sich im schützenden Rahmen des Beteiligungsverfahrens konstruktiver mit den Bedürfnissen der erwachsenen Anwohner auseinandersetzen.

Zeitlich befristete Beteiligungsverfahren können nicht alle Konflikte lösen, aber sie bieten wertvolle Ansätze dafür, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene in ihrem unmittelbaren Lebensbereich etwas mehr Verständnis füreinander aufbringen und das Wohnumfeld der Kinder zu einem entwicklungsfreundlicheren Raum wird, in dem diese und die Jugendlichen sich sicherer und willkommener

fühlen. Das entlastet auch die Eltern. Gleichzeitig bieten Beteiligungsverfahren auch Erwachsenen die Chance, einander besser kennen zu lernen und Beziehungen im Stadtteil zu knüpfen.

Gestaltbare Umwelten

Eine neue Qualität der Stadtteilentwicklung brachten die Sport- und Spielpädagogen, der Lehmbauer und die Landschaftsarchitektin nach Lurup, die sich unter Federführung des Hamburger Forum Spielräume in dem vom Bundesfamilienministerium geförderten Projekt „Moving Kids – Bewegungsförderung in gestaltbaren Umwelten“³ zusammengetan haben. Ausgehend von Fortbildungen und Elternarbeit mit Bewegungsbaustellen in mehreren Kindertagesstätten warben die Pädagogen dafür, Kinder ihre Umwelt und Spielmöglichkeiten selbst gestalten zu lassen. Es brauchte einige Überzeugungsarbeit auch bei den Erzieherinnen, die Kinder wirklich selbständig bauen und klettern zu lassen, aber dann waren alle begeistert.

Im nächsten Schritt gingen Spielpädagogen und Landschaftsplanerinnen mit Kindern und Erzieherinnen in das Außengelände und erprobten dort mit einfachen Mitteln neue Spielmöglichkeiten. Schließlich ging es dann gemeinsam „über den Zaun“, um die nähere Umgebung auf neue Weise zu „erspielen“ und zu erobern: Welche Bäume lassen sich erklettern? Wer schafft es, sich um eine Bank zu hängen, ohne den Boden zu berühren? Ziel der Spielaktionen ist, Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu ermutigen, ihre Umwelt unabhängig von vorhandenen Spielgeräten auf neue Weise wahrzunehmen und zu nutzen: als Bewegungs-, Spiel-, Sport- und Begegnungsraum für Groß und Klein.

Verbindung von Spiel- und Planungskultur

Beispielhaft war die Zusammenarbeit von Moving Kids, SAGA, ProQuartier, Quartiersmanagement und Anwohnern bei der Planung des Lüttkamp-

Angers, einer großen Wiese mit einem Hügel in der Mitte einer instand gesetzten SAGA-Siedlung mit neu gebauten Mietreihenhäusern. Höhepunkt waren eine große Spiel- und Planaktion, bei der Kinder und Erwachsene mit improvisierten Kletterseilen, Rampen und Ballnetzen vor Ort Spiel- und Sportmöglichkeiten erproben und Standorte für Spielgeräte, Tische und Bänke gemeinsam festlegen konnten.



Kurz darauf konnten diese Erfahrungen bei einem „Planning-for-Real“-Beteiligungsverfahren für die benachbarte öffentliche Grünanlage Franzosenkoppel vertieft werden. Gemeinsam mit der von Moving Kids motivierten Kindertagesstätte, einem benachbarten Jugendtreff und rund 50 Anwohnerinnen und Anwohnern wurden ein Spiel- und ein Bolzplatz geplant. Ermutigt von Moving Kids wurde beschlossen, zusätzlich zu fest installierten Spielgeräten einen abschließbaren Behälter für mobile Spielmaterialien aufzustellen. Nach Fertigstellung des Spielplatzes sollen dann Honorarmittel für einführende Spielaktionen mit diesem Material eingeworben werden. Ziel dieser Aktionen ist es, eine dauerhafte Kultur von Aneignung und aktiver Gestaltung der Umgebung als Spiel-, Bewegungs- und Begegnungs-

raum zu ermöglichen, die von den Nutzerinnen und Nutzern des Spielplatzes dann eigenständig weiter entwickelt wird.

- Kontakt:
Sabine Tengeler
Öffentlichkeitsarbeit für Gemeinwesenentwicklung
Brachvogelweg 15, 22547 Hamburg
Telefon: 040/82 29 60 51 1
Telefax: 040/82 29 60 59 1
E-Mail: Sabine.Tengeler@hamburg.de

Anmerkungen:

- 1 Handlungs- und Maßnahmenkonzept Lurup. Revitalisierungsmaßnahmen für das „Flüsseviertel“ und den „Lüdersring/Lüttkamp“ im Auftrag der Stadtentwicklungsbehörde und der SAGA (Kurzfassung vom November 1998).
- 2 Weitere Information zur Sozialen Stadtteilentwicklung und Beteiligungsprojekten in Lurup unter www.unser-lurup.de.
- 3 Weitere Information zu Moving Kids unter www.rrz.uni-hamburg.de/forum/movingkids/.

„PREIS-WERTE-ERNÄHRUNG“



1. Ausgangslage

Mitte der 90er-Jahre geriet der Zusammenhang zwischen gesundheitlichen Problemen und Ernährungsgewohnheiten bei sozial benachteiligten Personengruppen zunehmend in den Blickpunkt der einschlägigen Fachöffentlichkeit.

Als Modell zur Beschäftigung mit den Möglichkeiten, Grenzen und Perspektiven der Verbesserung eben dieser Ernährungsgewohnheiten wurde auf Initiative des Niedersächsischen Landesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Kreisverband Lüneburg/Lüchow-Dannenberg e.V., 1996 das Projekt „Preis-Werte-Ernährung“ (PWE) gestartet.

Zielort des Modellprojektes war der Lüneburger Stadtteil Kaltenmoor, in dem rund 9 000 Einwohner leben und der in den 60er-Jahren im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus am östlichen Stadtrand errichtet worden war. In einem Teil des Areals mit sechs- bis zwölfgeschossigen Hochhäusern hat sich ein sozialer Brennpunkt herausgebildet. Hier leben überwiegend Mieter, die auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt schwer zu vermitteln sind, also Migrantenfamilien, kinderreiche Familien, allein Erziehende sowie Familien, die ausschließlich von öffentlichen Transferleistungen leben; natürlich findet sich hier eine außergewöhnlich hohe Arbeitslosenquote. Der Stadtteil ist Programmgebiet im Rahmen des Programmes „Soziale Stadt“.

Die AWO arbeitet seit 1984 mit einem ganzheitlichen und gemeinwesenorientierten Ansatz in dem Stadtteil. Sie hält hier verschiedene Selbsthilfegruppen, Streetwork, Beratungsstellen, einen Migrationsdienst, ambulante Jugendhilfe, Sozialpädagogische Familienhilfe sowie Angebote der Ambulanten Erwachsenenhilfe vor. Dieses bestehende Netzwerk mit den hierüber angesprochenen Menschen war Basis und Ausgangspunkt des PWE-Vorhabens.

2. Aktivitäten

PWE wurde finanziert durch das Landwirtschaftsministerium und das Sozialministerium des Landes Niedersachsen sowie durch einen Eigenanteil der AWO. Betreut wurde das Projekt durch eine Koordinatorin (zunächst acht, später zwölf Wochenstunden) und eine Hauswirtschaftsleiterin (zwölf Wochenstunden).

Zu den PWE-Aktivitäten zählten im Einzelnen:

- Erstellung eines Kochbuchs,
- Kurse und Seminare zu verschiedenen Themen, u.a. auch zu solchen, die von unterschiedlichen Nutzergruppen angeregt oder gewünscht wurden (Kindergeburtstag, preiswerte Ruck-Zuck-Gerichte, Weihnachtsbäckerei, Aufläufe, „Was mache ich mit Resten?“ usw.),
- Herstellung von Imbissen oder Buffets zu unterschiedlichen Anlässen durch Teilnehmer von verschiedenen Selbsthilfegruppen (z.B. für Weihnachtsfeiern, für Jubiläen, für das Stadtteilfest, für Veranstaltungen zum 1. Mai usw.),
- Thematisierung von Ernährungsfragen, z.B. auf Ferienfreizeiten oder bei Gruppenveranstaltungen (Herstellung eines Mittsommernachts-

buffets, Gestaltung der Selbstversorgung),

- regelmäßiger Mittagstisch für Grundschulkinder (dreimal wöchentlich in der Schule),
- Projekte mit dem Bauernhof als Lernort (Kartoffelprojekt, Milchprojekte usw.),
- regelmäßige Bewohnerfrühstücke für unterschiedliche Zielgruppen,
- Organisation gemeinsamer Einkäufe.

Geplant, jedoch nicht realisiert wurden die Organisation von Direktvermarktung sowie die Initiierung eines Fair-Preis-Ladens.

Entscheidender Faktor für das Gelingen eines solchen Vorhabens ist tatsächliche Kooperation und ernsthaft angestrebte Vernetzung. PWE arbeitete eng zusammen mit z.B. dem Schulzentrum im Stadtteil, der Berufsbildenden Schule, Bereich Hauswirtschaft, den bereits genannten AWO-Angeboten, der Verbraucherzentrale Niedersachsen, der Lüneburger Tafel, den Frauenbeauftragten von Stadt und Landkreis Lüneburg, dem Gesundheitsamt und dem Zentrum für angewandte Gesundheitswissenschaften, der Universität und der FH Lüneburg (zuständig für die Begleitforschung); zahlreiche weitere soziale Einrichtungen des Stadtteils und darüber hinaus unterstützten die Arbeit.

3. Erreichen der Zielgruppen und Schaffung von Akzeptanz

Die Erstellung eines Kochbuches erwies sich als idealer Projekt-Kick-off. Mitglieder aus unterschiedlichen Selbsthilfe- und anderen Bewohnergruppen trugen ihre Wünsche und ihre Erfahrungen zusammen und erarbeiteten ein Kochbuch, welches auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet ist:

- Orientierung des Rezeptteils an den in der eigenen Küche vorhandenen technischen Möglichkeiten (aus dem Topf, aus dem Backofen, aus der Pfanne),
- Verwendung von einfach und preiswert zu beziehenden Zutaten, die möglichst gut bekannt sind und in der Region wachsen,
- einfache Rezepte für Menschen mit geringen Kochkenntnissen,
- Verwendung einer einfachen Sprache und blockweise Darstellung der einzelnen Arbeitsschritte für ungeübte Leserinnen und Leser.



Verlockendes Angebot – ein selbst hergestelltes Büffet

Die Gebrauchswertorientierung des Kochbuches trug dazu bei, das Projekt im Stadtteil bekannt zu machen.

Ziel des Projektes war es, Anstöße zur Verbesserung der Ernährungsgewohnheiten der angesprochenen Personengruppen (vom Grundschulkind über allein Erziehende bis hin zu Senioren, darüber hinaus Einzelpersonen, Familien und Gruppen) auf niedrighelber Ebene zu geben:

- die Vorteile regelmäßiger Mahlzeiten zu vermitteln (wünschenswert ist eine warme Mahlzeit am Tag),
- zum häufigeren Verzehr von Obst und Gemüse (möglichst frisch, eventuell sogar roh) sowie von Vollkornprodukten anzuregen,
- auf die Nachteile von Fetten und Eiweißen hinzuweisen,
- ein Augenmerk auf die Reduzierung des Konsums von Zucker zu richten,
- eine Lebensführung möglichst ohne Suchtmittel zu unterstützen.

Die Seminare und Kurse fanden in von der AWO zu Büroräumen umgenutzten Wohnungen in Kaltenmoor statt, d.h. zum einen im unmittelbaren Wohnumfeld der Zielgruppe und zum anderen auch zu Rahmenbedingungen, die den Seminarteilnehmenden vertraut sind (Ausstattung usw.). Eine perfekt eingerichtete Schulküche hätte nicht ihren häuslichen Möglichkeiten entsprochen und wäre somit wenig lebensweltorientiert gewesen.

Alle Veranstaltungen wurden von mindestens zwei Personen (eine Sozialarbeiterin und eine Ernährungsfachkraft) betreut, für einige Gruppen wurde parallel eine Kinderbetreuung organisiert. Konflikte untereinander waren dabei keine Seltenheit. Die Frustrationsgrenze war sehr niedrig, die Lebenssituation der Projektteilnehmer häufig sehr angespannt. Die Verbesserung ihrer persönlichen Ernährungsgewohnheiten ist in der Regel nicht das vorrangige Interesse und Problem des angesprochenen Klientels. Im Rahmen der ernährungsbezogenen Veranstaltungen wurden regelmäßig weitergehende persönliche Problemlagen thematisiert, die nicht selten sehr massiv sind. Hier ist dann sozialarbeiterisches Handeln im Netzwerk gefordert.

Das gemeinsame „Tun“, im Rahmen dessen ein direkter Gebrauchswert erkennbar wird, ist in jedem Fall Erfolg versprechender als pädagogisch aufgearbeitete Vorträge und „Ernährungserziehung“. In der gemeinsamen Aktion kann nebenbei auf Fragen und erkennbare Unterstützungsbedarfe eingegangen werden. Eine schrittweise, niedrighelber Beschäftigung mit der eigenen Ernährung und nicht hochgestochene, abstrakte Idealbilder sind Weg und Ziel.

In der Projektumsetzung wurde deutlich, dass die Umsetzung theoretischen Wissens, soweit vorhanden, oftmals scheitert, z.B. aufgrund des Fehlens von praktischen Tipps oder

aufgrund von Organisationsproblemen, finanziellen Problemen usw. Essen wird als „notwendiges Übel“ zur Grundversorgung der Familie betrachtet. Sozialhilfeempfängern bleibt bei den Bemessungskriterien des Bundessozialhilfegesetzes darüber hinaus nur der Anteil, der für die Versorgung der Familie gedacht ist, von dem sie etwas abzweigen können, um sich andere Wünsche zu erfüllen. Ausgeglichene materielle Versorgung dagegen fördert eine ausgeglichene Grundernährung.

Entscheidend ist, dass Angebote gemacht werden, keine Vorwürfe. Dass die angesprochenen Familien auch „am Essen sparen müssen“, ist ein Teil ihrer Lebenssituation. Ernährungsumstellung ist ein langfristiges Ziel. Die Projektteilnehmer bekommen Rahmen, Raum und Möglichkeiten, etwas auszuprobieren, und Anstöße für eigene neue Gedanken und Ideen.

Neben der Ernährung selber ist „Esskultur“ im Rahmen des Projekts ein wichtiges Thema. Dass alle Familienmitglieder gemeinsam am Tisch sitzen und eine Mahlzeit verzehren, ist eher die Seltenheit. Daher ist z.B. beim „Schüler/innenmittagstisch“ das Miteinander ein ebenso bedeutsamer Aspekt wie die Ernährungsausgewogenheit selbst.



Bauernhof als Lernort – das Kartoffelprojekt

4. Ausblick/Resümee

Das Projekt PWE endete mit dem Auslaufen der Modellphase 1999. Geblieben ist der „Schüler/innenmittagstisch“ und die Integration des Themas Ernährung in alle Gruppen- und Betreu-

ungsangebote des Stadtteils, seien es Jugendgruppen, Bewohnergruppen, Sozialpädagogische Familienhilfe oder Ferienfahrten. Ernährungsverhalten sozial benachteiligter Personengruppen ist ein Thema über Modellprojekte hinaus und sollte als fester Bestandteil in jede Form von Gemeinwesenarbeit integriert werden. Schnelle Erfolge mittels Vortragsveranstaltungen oder Ähnlichem werden dabei kaum zu erzielen sein. Nur die niedrigschwellige, sukzessive, aber ständige Implementierung des Themas in den Lebensalltag der angesprochenen Zielgruppe zeigt nachhaltige Erfolge.

Grundvoraussetzungen dafür sind zusammengefasst:

- Integration des Themas in ein bestehendes Angebotsnetzwerk im Gemeinwesen,
 - ständige Überprüfung der Angebote im Hinblick auf Gebrauchswert, Praktikabilität, Lebensweltorientierung und Umsetzbarkeit,
 - Einbindung des Themas, nicht Auftroyierung,
 - Verzicht auf die „pädagogische Keule“ und auf Ansprüche, die auf „Mittelschichtsdanken“ vor gut situiertem Hintergrund basieren,
 - Angebote statt Vorwürfe, Unterstützung statt Defizitorientierung,
 - gemeinsames Tun und Erleben mit Atmosphäre und auf dieser Basis Spaß am Thema und Erfolgserlebnisse,
 - Erreichen der Multiplikatoren,
 - Einbeziehung aller Alters- und Interessengruppen,
 - langer Atem und Kontinuität statt kurzfristigem Strohfeuer.
-
- Kontakt:
Günter Wernecke
AWOCADO Service gGmbH
Bülows Kamp 35, 21337 Lüneburg
Telefon: 04131/87 22 33 3
E-Mail: Wernecke@AWOCADO-Service.de
Internet: www.awocado-service.de

Familien mit Kleinkindern in sozialen Brennpunkten helfen

Expertentagung zu den Erfahrungen in einem Flensburger Präventionsprojekt

Mit der Veranstaltung am 14. Juni 2004 im Flensburger Innovationszentrum wurden die Ergebnisse des Schutzengel-Modellvorhabens einem Expertengremium von 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz Deutschland vorgestellt.

Als Vertreterin des Landes Schleswig-Holstein unterstrich die Ministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Anne Lütke zu Beginn der Veranstaltung den hohen Stellenwert, der Familien in der Politik der Landesregierung beigemessen werde. Man habe das Projekt aus der Überzeugung heraus gefördert, dass es hilfreich ist, Familien so frühzeitig wie möglich fachliche Hilfe anzubieten, um Probleme in Familien zu mildern und Gewalt vorzubeugen.



In den Fachvorträgen – unter anderem von Herrn Hemme und Herrn Schwarz vom Sozialpädagogischen Institut (SPI) Berlin – wurde deutlich, wie wichtig eine *Verknüpfung von*

Maßnahmen aus den Programmen „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C)“ und „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ ist, um vor Ort die Chancen für benachteiligte Familien zu erhöhen. Als erfolgreich haben sich der *Setting-Ansatz* und die verbesserte *Kooperation der Bereiche Jugendhilfe und Gesundheitsförderung* herauskristallisiert.

Dass die Umsetzung von Beteiligung und Vernetzung nicht ohne Auseinandersetzungen und Veränderungen möglich ist, spiegelte die Diskussion wider. Im Ergebnis der Beiträge wurden gezielte Maßnahmen in der Kinderbetreuung und unaufdringliche, niedrigschwellige Angebote für Familien im Stadtteil gefordert. Nötig sei es auch, die Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund zu verstärken. Hierzu wurde die Gründung eines Dolmetscherdienstes angeregt, denn die sprachliche Verständigung ist für jede Betreuung und Beratung unerlässlich.

Besonders interessant für die zukünftige Arbeit im Schutzengel-Projekt waren die Ausführungen von Frau Kaiser über die Präventionsinitiative des Bundesverbandes der BKK (Krankenkassen) und die Neufassung des § 29 Sozialgesetzbuch (SGB) V. Nach Letzterer haben die Krankenkassen die Aufgabe, für Chancengleichheit, Gesundheitsprävention und die Verminderung von sozialen Ungleichgewichten zu sorgen. Mit den Pilotprojekten und der Anwendung des Setting-Ansatzes hat der Bundesverband der BKK bei der Verankerung von Gesundheitsförderung in Betrieben und

sozialen Brennpunkten eine Vorbildrolle eingenommen.

Auf die anschauliche Darstellung der Schutzengel-Arbeit durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter folgte der Bericht von Frau Luig-Arlt, die für die Evaluation des Modellprojekts verantwortlich war. Das Projekt zeige Wirkung und sei erfolgreich. Interviews mit Familien bezeugten die hohe Zufriedenheit mit der Projektarbeit. Als weiterer Erfolg wurde die umfassende

Vernetzung im Stadtteil durch das Projekt hervorgehoben.

Ein abschließender Dank galt allen, die das Schutzengelprojekt unterstützen – besonders den Mitgliedern des Fördervereins.

- Kontakt: Volker Syring
Leiter der Kindertagesstätte Sol-Lie Meisenstr. 15, 24939 Flensburg
Telefon: 0461/49 02 02 2
E-Mail: vsyring@adelby.de
Internet: www.adelby.de

Veranstaltungshinweise

21.10.2004, Augsburg
Tagung/Diskussion „Fünf Jahre Soziale Stadt in Bayern“; Veranstalter: Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern; Veranstaltungsort: Industrie- und Handelskammer Augsburg, Stettenstraße 1-3, 86150 Augsburg; Anmeldung bis 15.10.2004; Info: Gertraud Stadler, Telefax: 089/219213331, E-Mail: getraud.stadler@stmi.bayern.de

3.-5.11.2004, Gelnhausen
Fortbildung „Sozialraumorientierte Kinder- und Jugendarbeit 2004-2006“, 1. Kursabschnitt „Aktivierende und kreative Zugangsformen zu Kindern und Jugendlichen“, drei Kursabschnitte folgen; Veranstalter: Burckhardthaus, Herzbachweg 2, 63571 Gelnhausen; Kosten: je Kursabschnitt 200 Euro (EZ), 226 Euro (EZ mit DU/WC); Info: Rita Herrgen, Telefon: 06051/89225, Fax: 06051/89240, E-Mail: r.herrgen@burckhardthaus.de

4.-5.11.2004, Köln
Fachtagung „sozial|raum|stadt – Perspektiven bei der Planung des sozialen Raumes Stadt“; Veranstalter: Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften und Fakultät für Architektur der Fachhochschule Köln; Veranstaltungsort: Fachhochschule Köln; Kosten: 75 Euro (65 bei Anmeldung bis 8.10.; Studierende die Hälfte); Info: Telefon: 0221/8275-3935, Fax: 0221/8275-3984

9.-10.11.2004, Kassel
Fachseminar „Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen und Soziale Stadt – aktuelle Aufgaben und zukünftige Perspektiven“; Veranstalter: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung sowie Institut für Städtebau und Wohnungswesen München ISW; Veranstaltungsort: Kulturinitiative Kassel, Wilhelmshöher Allee 261; Kosten: 220 Euro (190 Euro für Teilnehmer aus der öffentlichen Verwaltung); Info: ISW, Steinhilstr. 1, 80333 München, Telefon: 089/5427060, Fax: 089/54270623, E-Mail: office@isw.de

10.-11.11.2004, Esslingen am Neckar
Fortbildung „Neue Formen der Kooperation: Erfahrungen mit Kooperationsvereinbarungen zwischen Schule, Jugendsozialarbeit und weiteren PartnerInnen“; Veranstalter: Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit; Veranstaltungsort: Esslingen am Neckar; Info: Claudia Seibold, Telefon: 0711/1648940, Fax: 0711/16489-21, E-Mail: seibold@bagejsa.de

Das Schutzengel-Projekt in Flensburg

Der Förderverein Schutzengel e.V. wurde im Jahr 2000 von Personen und Institutionen aus dem Stadtteil Flensburg-Nord gegründet. Der gemeinnützige Verein unterstützt und koordiniert Initiativen, die sich für Familien mit kleinen Kindern im sozialen Brennpunkt einsetzen. Für die unbürokratische und präventive Unterstützung der jungen Eltern mit Kleinkindern bis zu drei Jahren sind zwei Familienhebammen, eine Diakonische Hausbetreuerin, eine Heilpädagogin, eine Familienhelferin und zahlreiche Ehrenamtliche tätig. Neben den Angeboten im Elterntreffpunkt hat die aufsuchende Arbeit im häuslichen Bereich hohe Priorität.

Das Modellvorhaben geht von einem umfassenden Gesundheitsbegriff im Sinne der Weltgesundheitsorganisation aus und ist ein partizipatorisches Projekt zur Stützung von Eltern und Kindern durch Frühförderungsmaßnahmen. Es soll frühzeitig Hilfe in den Familien gegeben werden, um Schäden und Behinderungen körperlicher und seelischer Art bei Kindern zu verhindern. Dies wird durch verschiedene Bausteine erreicht:

Die Familienhebamme, an das Diakoniekrankenhaus angebunden, unterstützt junge Familien in der Schwangerschaft und nach der Geburt weit über den Rahmen der üblichen durch die Krankenkassen finanzierten Hilfen hinaus. Sie übernimmt auch die präventive Frühbetreuung. Die Kindergarten Adelby GmbH ist für die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes, die Koordination des Elterntreffpunktes und die pädagogische Frühförderung der Kinder verantwortlich. Die Familienbegleiterin von der Diakonie unterstützt junge Familien in Zusammenarbeit mit der Kirchengemeinde insbesondere bei der Bewältigung des Alltags. Dem Elterntreffpunkt kommt ganz entscheidende Bedeutung zu. Hier erhalten Eltern Gelegenheit, über ihre großen und kleinen Sorgen miteinander zu sprechen, Tipps zur Bewältigung des Alltags, zu Erziehungs- und Gesundheitsproblemen auszutauschen oder einfach „nur“ miteinander zu reden.

Aktuelle Informationen über die Arbeit von Schutzengel gibt es im Internet unter www.schutzengel-flensburg.de.

(Text: Nach Volker Syring; Teile eines Artikels von Helga Rake in: Soziale Stadt Info 7)



Weitere Hinweise, siehe S. 28

Pilotprojekt

„Evershagen – kinderfreundlicher Ortsteil“

Stadtteilorientierte Gesundheitsförderung in der Hansestadt Rostock

Die Hansestadt Rostock ist Mitglied im Netzwerk „Gesunde Städte“. Gemeinsam mit 60 weiteren Städten und Landkreisen in Deutschland hat sie sich unter anderem verpflichtet, soziale und gesundheitliche Chancengleichheiten, besonders bei Kindern und Jugendlichen, zu verringern. So ist es auch in den Leitlinien zur Stadtentwicklung der Hansestadt festgeschrieben. Eine Arbeitsgruppe „Kommunale Gesundheitsförderung“ wurde 1992 durch die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock berufen. Sie soll das Projekt „Gesunde Städte“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) lokal umsetzen. Rostock bekennt sich dabei entsprechend der UN-Kinderkonvention zu gemeinsamen Aktivitäten, die soziale und gesundheitliche Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen stärken.

Im Ortsteil Evershagen wird in diesem Zusammenhang gezielt Einfluss genommen. Dort gibt es – wie die Ergebnisse einer Kindergesundheitskonferenz vor Ort anlässlich der 7. Rostocker Gesundheits- und Umwelttage 2001 zeigten – einen konkreten Handlungsbedarf. In Evershagen leben Kinder vermehrt in sozialer Ungleichheit; viele haben wenig Chancen, aus eigener Kraft ihre Lebenssituation zu verbessern. Mit Bürgerschaftsbeschluss vom 10. April 2002 erhielt das Gesunde Städte-Projekt und damit die AG „Kommunale Gesundheitsförderung“ den Auftrag, ein Pilotprojekt „Evershagen – kinderfreundlicher Ortsteil“ zu entwickeln und der Bürgerschaft in einer Informationsvorlage vorzustellen. Bei der Erarbeitung des Projektes wirkten Kinder aus Evershagen, der Ortsbeirat und auch die im „Stadtteiltisch“ tätigen öffentlichen

und freien Träger sowie alle Schulen und Kindertagesstätten mit. Sie hatten die Gelegenheit, das Konzept mitzugestalten. Darüber hinaus wurde das Pilotprojekt fachlich begleitet und unterstützt durch zahlreiche Ämter und



Kinder aus Evershagen stellen das Ergebnis ihrer Stadtteilrecherchen auf der Kinderversammlung vor.



Büros der Stadtverwaltung (Büro Lokale Agenda 21, Amt für Stadtgrün, Schulverwaltungsamt, Bauamt, Ortsamt Evershagen, Amt für Stadtplanung, Jugendamt, Sozialamt, Gesundheitsamt, Gleichstellungs-, Ausländer- und Behindertenbeauftragtenbüros und andere).

Ausgehend von einer Situationsbeschreibung zur sozialen und gesundheitlichen Lage von Kindern geht es darum, den Handlungsbedarf für die Entwicklung eines kinderfreundlichen Ortsteils zu ermitteln und Vorstellun-

gen für eine nachhaltige Umsetzungsstrategie zu entwickeln. In Kooperation mit allen an der Realisierung des Projektes Beteiligten wurde eine Prioritätenliste erarbeitet, die nicht nur entsprechende Maßnahmen und Zuständigkeiten vorsieht, sondern auch die Beteiligung von Kindern detailliert fest schreibt. Das hohe Engagement des „Stadtteiltisches“ Evershagen unter Federführung des Jugendamtes wird dabei als Chance gesehen, Gemeinsamkeit bei der Entwicklung eines kinder- und familienfreundlichen Ortsteils herzustellen sowie Kraft und langen Atem für eine langfristige, gemeinwesenorientierte Zusammenarbeit aufzubringen.

Kinder sind Experten in eigener Sache

Kinder sind die kompetentesten Experten für ihren Stadtteil, wenn es um Kinderinteressen geht. Sie werden deshalb in die gesamte Umsetzung des Projekts in vielfältiger

Form einbezogen (z.B. Spielplatzgestaltung, Kinderversammlungen, Wettbewerb „Wir sind kinderfreundlich“). Grundlage hierfür ist das im Gesunde Städte-Projekt entwickelte Prüfverfahren zur kinderfreundlichen Stadt. Dessen Anwendung ist auf der Basis einer Geschäftsanweisung des Oberbürgermeisters der Hansestadt Rostock seit 1999 für alle Beschäftigten der Stadtverwaltung bindend. Das Pilotprojekt „Evershagen – kinderfreundlicher Ortsteil“ soll anderen Ortsteilen Rostocks ein Beispiel geben und aufzeigen, welche Möglichkeiten

und Chancen ohne zusätzliche finanzielle Mittel genutzt werden können, um eine ortsnahe, kinder- und damit familienfreundliche Politik zu entwickeln. Dabei liefert eine Situationsbeschreibung auf der Basis von Zuarbeiten der Fachämter, des Ortsbeirats, des „Stadtteiltisches“ und der Kinder vor Ort die Grundlage, um Defizite zu benennen. Hieraus wurden der notwendige Handlungsbedarf abgeleitet und eine Umsetzungsstrategie entwickelt. Das Projekt verfolgt einen doppelten Ansatz: zum Ersten sollen die Interessen von Kindern und Jugendlichen sowie von deren Familien bei der Entwicklung eines Ortsteils hinsichtlich Planungen und Entscheidungen auf kommunaler Ebene angemessen berücksichtigt werden; zum Zweiten sollen ihre gesundheitlichen und sozialen Kompetenzen durch zahlreiche Einzelprojekte gestärkt werden. Darüber hinaus dient das Projekt der Förderung des Gemeinwesens in Evershagen insgesamt.

Trotz zahlreicher sozialer und städtebaulicher Defizite werden auch Stärken im Ortsteil registriert, die als Potenzial für die Umsetzung des Pilotprojektes genutzt werden können. Zu nennen sind der vernetzte „Stadtteiltisch“ als demokratisches Gremium mit einem gemeinwesenorientierten Ansatz der Kooperation, engagierte Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten – und nicht zuletzt die Kinder selbst mit ihrem Interesse am eigenen Ortsteil. Mit der Umsetzung dieses politisch unterstützten Konzeptes versprechen sich die Akteure vor Ort eine erhebliche Verbesserung der Lebensqualität für die Kinder und deren Familien.

- Kontakt:
Dr. Angelika Baumann
Koordinatorin für Gesundheitsförderung; Gesundheitsamt der Hansestadt Rostock
St.-Georg-Straße 109; 18055 Rostock
Telefon: 0381/38 15 37 6
Telefax: 0381/38 15 39 9
E-Mail: angelika.baumann@rostock.de

Veranstaltungshinweise

Siehe auch S. 26

12.11.2004, Frankfurt a.M.

Tagung „Migrantenselbstorganisationen und Vernetzung im kommunalen Raum“; Veranstalter: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS), Institut für Migrationsstudien und interkulturelle Kommunikation (IMiK) und Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AMKA) Frankfurt a.M.; Veranstaltungsort: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Am Stockborn 5-7, 60439 Frankfurt a.M.; Kosten: 75 Euro (ermäßigt 40 Euro); Info: Steffi Kühnemund, Telefon: 069/95789114, E-Mail: steffi.kuehnemund@iss-ffm.de

12.-13.11.2004, Stuttgart

Fachseminar „Qualifizierung für das Ehrenamt – Im Team arbeiten“; Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung; Veranstaltungsort: Fritz-Erler-Forum, Werastr. 24, 70182 Stuttgart; Kosten: 30 Euro; Info: Elmar Haug, Fritz-Erler-Forum, Telefon: 0711/2483943, Telefax: 0711/24839450

15.-19.11.2004, Gelnhausen

Ausbildung „Mediation: Präventive und konstruktive Konfliktregelung“, 1. Kursabschnitt, Zusatzausbildung 2004-2007 gemäß den Richtlinien des Bundesverbandes Mediation (200 Stunden); Veranstalter: Burckhardthaus Gelnhausen; Info: Rita Herrgen, Telefon: 06051/89225, Fax: 06051/89240, E-Mail: r.herrgen@burckhardthaus.de

24.-26.11.2004, Hannover

Jahrestagung Stadtteilarbeit „BürgerInnenbeteiligung im Stadtteil“; Veranstalter: Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V., Stiftung Mitarbeit, Forum für Community Organizing e.V. (FOCO), Landeshauptstadt Hannover, Plan-Kom, Redaktion www.stadtteilarbeit.de, Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover; Veranstaltungsort: Kulturelles Stadtteilzentrum Kronsberg „KroKuS“, Hannover; Kosten: 100 Euro (inkl. Verpflegung, zzgl. Übernachtung); Info: Wolfgang Prauser, Telefon: 0511/16845244, Fax: 0511/168-42144, E-Mail: wolfgang.prauser@hannover-stadt.de, Programm und weitere Infos: www.stadtteilarbeit.de/tagung2004

29.11.-3.12.2004, Gelnhausen

Methodenseminar „Gemeinwesenarbeit und die Entwicklung sozialer Räume“, 1. Kursabschnitt „Handlungsfelder und Arbeitsprinzipien“, drei weitere fünftägige Kursabschnitte folgen; Veranstalter: Burckhardthaus Geln-

hausen, Herzbachweg 2, 63571 Gelnhausen; Kosten: je Kursabschnitt 320 Euro (Ü/V o. DU/WC), 372 Euro (Ü/V m. DU/WC), bei Buchung aller 4 Kursabschnitte Preisnachlass von insgesamt 50 Euro; Info: Rita Herrgen, Telefon: 06051/89225, Fax: 06051/89240, E-Mail: r.herrgen@burckhardthaus.de

3.-4.12.2004, Berlin

10. Kongress „Armut und Gesundheit“; Veranstalter: Gesundheit Berlin e.V.; Veranstaltungsort: Rathaus Schöneberg, Berlin; Info: Kongress „Armut und Gesundheit“, Friedrichstr. 231, 10969 Berlin, Telefon: 030/44319060, Telefax: 030/44319063, E-Mail: kongress@gesundheitberlin.de; weitere Infos unter www.gesundheitberlin.de, www.datenbank-gesundheitsprojekte.de

6.-8.12.2004, Bonn

Fachseminar „Wohnen im Alter – gegenwärtige Entwicklungen im Spannungsfeld leerer Kassen“; Veranstalter: Deutscher Verein für Öffentliche und Private Fürsorge; Veranstaltungsort: Gustav-Heinemann-Haus, Bonn; Kosten: 197 Euro (Mitglieder), 226 Euro (Nichtmitglieder); Tagungsstättenkosten (inkl. Unterkunft/Verpflegung) 138,50 Euro; Info: Dr. Irina Pfütenreuter, Telefon: 069/95807202, 030/62980605/6/7

April oder Mai 2005, Mulhouse

Exkursion nach Mulhouse: „Grand Projet de Ville – Revitalisierung von Innenstadtquartieren“; in Frankreich setzt die „Politique de la Ville“ teils ähnliche, teils unterschiedliche Akzente wie in Deutschland das Programm „Soziale Stadt“. Die Exkursion nach Mulhouse bietet Gelegenheit, das dortige „Grand Projet de Ville“ kennen zu lernen, besonders die Ansätze zur Revitalisierung altstädtischer Quartiere, zur Verbesserung der Wohnverhältnisse, zu wirtschaftlichen Aktivitäten, zu Beteiligung und lokaler Demokratie – u.a. in Form von Quartiersräten; Kosten: Rundfahrt, Verpflegung und Programm in Mulhouse sind frei, die Anfahrt erfolgt auf eigene Kosten, Fahrgemeinschaften (Gruppenkarten) können organisiert werden; Veranstalter: Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) e.V. und Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg; Info: Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg, Telefon: 0711/26339410, E-Mail: info@boell-ba-wue.de